

Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe - Plädoyer für eine Kooperation bei der Leistungserstellung

Klaus Deimer

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Deimer, Klaus. 1991. "Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe - Plädoyer für eine Kooperation bei der Leistungserstellung." Augsburg: Volkswirtschaftliches Institut, Universität Augsburg.



INSTITUT FÜR VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

der

UNIVERSITÄT AUGSBURG



**Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe
- Plädoyer für eine Kooperation bei der Leistungserstellung**

von

Klaus Deimer

Beitrag Nr. 62

Juli 1991

01

Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe

4

027 313

01/4 029 212

Institut für Volkswirtschaftslehre
Universität Augsburg

Memminger Straße 14
8900 Augsburg
Tel.-Nr. (08 21) 5 98-(1)
Telex 5 3 830 uniaug
Telefax (08 21) 5 98-55 05

**Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe
- Plädoyer für eine Kooperation bei der Leistungserstellung**

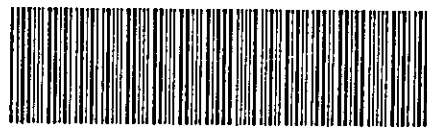
von

Klaus Deimer*)

Beitrag Nr. 62

Juli 1991

UB Augsburg



08800043247034

*) Dieser Beitrag entstand aus einem Referat anlässlich der Tagung: 'Säkulare Diakonie' der Evangelischen Akademie der Pfalz am 19. - 21. April 1991 in Enkenbach-Alsenborn.

1. Vorbemerkung

Zentrales Anliegen des folgenden Beitrages ist es, der Frage nach Kooperation und/oder Konfrontation zwischen institutionalisiertem bzw. intermediärem sozialem Engagement und kleinen Netzen der Selbsthilfe¹ nachzugehen.

Um begriffliche Verwirrungen zu vermeiden, sei vorab kurz auf die verstärkt dem ökonomischen Bereich entnommene Terminologie der Ausführungen verwiesen. Wenn also von Nutzern oder Nachfragern die Rede ist, sind die von Sozialpolitik Betroffenen, die sozialer Leistungen gleich welcher Art Bedürftigen gemeint. Dabei kann es sich sowohl um aktuelle wie potentielle Nachfrager handeln. Korrespondierend dazu werden auf der Anbieterseite die Produzenten sozialer Leistungen unterschieden. Diese Anbieter- oder Trägersysteme gliedern sich in drei Ebenen: Zum einen den Komplex der direkten staatlichen (und kommunalen) Sozialpolitik, zum zweiten soziale Leistungen und Angebote intermediärer Instanzen, worunter insbesondere die Wohlfahrtsverbände zu rechnen sind, und schließlich zum dritten die in eigener Regie im Sinne von Selbst- und Laienfremdhilfe produzierenden sozialen Leistungsnetze.

Die Darstellung orientiert sich an den folgenden vier Punkten:

- a) Die Betrachtung sozialer Leistungsproduktion aus einem empirisch orientierten Blickwinkel steht im Mittelpunkt des ersten Teiles, wobei Anbieter- und Nachfragerseite anhand empirischer Ergebnisse thematisiert werden und als Zwischenfazit das Postulat einer Kooperation der Leistungsproduzenten aufgestellt wird.
- b) Daran anschließend wird die Frage der tatsächlich vorfindbaren Kooperationsformen zwischen intermediären und selbsthilfeorientierten Leistungsnetzen erörtert;

¹ Zur Definition gruppenorientierter Selbsthilfe vgl.: Deimer, Jaufmann 1983, S. 69 ff.

darüberhinaus wird belegt, daß vielfach vermutete inhaltliche Konkurrenzbeziehungen geringer als meist befürchtet ausfallen.

- c) Eine Auflistung von Ansatzpunkten und Voraussetzungen für eine an einer integrierten Sozialpolitik orientierten gemeinsamen Leistungserstellung unter Wahrung der Selbstständigkeit der Beteiligten bildet den dritten Teil des Beitrages.
- d) Abschließend werden beispielhaft Möglichkeiten konkret aufgezeigt, um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Träger im Sinne eines Sozialgemeindekonzeptes zu fördern.

2. Produktion sozialer Leistungen aus Anbieter- und Nachfragersicht

Die Annäherung an die drei Trägerebenen erfolgt - in der gebotenen Kürze, die allerdings die Gefahr von Mißverständnissen birgt - unter Verwendung eines ökonomisch interpretierten Ansatzes aus der Sozialpsychologie.² Grundlage ist dabei die Überlegung, soziale Leistungen in Form gesellschaftlicher Ressourcen zu beschreiben. Generell soll dabei keine denkbare Leistungsform ausgeschlossen sein, d.h. daß sowohl monetäre als auch reale und immaterielle Sozialleistungen betrachtet werden. Zur Klassifizierung der Leistungen werden nicht die üblichen Kategorien, sondern grundlegende 'Basisressourcen' verwendet. Diese werden in interaktiven Prozessen vermittelt und umfassen somit die sozialen Leistungen. Sie lassen sich mit den folgenden Schlagworten umschreiben: Geld, Güter, Dienstleistungen, Zuneigung, Status und Information.³ Diese Klassifizierung kennzeichnet mithin das, was dem (den) Interaktionspart-

² Dieser theoretische Ansatz kann hier nicht im einzelnen beschrieben werden. Vgl. dazu ausführlich z. B.: Pfaff, Deimer, Jaufmann, Kistler 1984: S. 138 ff.; Foa, Foa 1976: S. 99 ff.

³ Es ist leicht einzusehen, daß jede dieser Ressourcen eine gewisse inhaltliche Bandbreite abdeckt. Vgl. dazu Übersicht 1.

ner(n) übermittelt wird, welche sozialen Leistungen also den Nutzern zugute kommen. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal dieser Ressourcen ist durch das Gegensatzpaar universalistisch-partikularistisch gegeben, wobei universalistisch eine stärkere Tendenz zur prinzipiellen Austauschbarkeit der Interaktionspartner beschreiben soll, partikularistisch eine größere affektive Beziehung unter den Interaktionspartnern bedeutet. Als eher universalistisch sind aus den sechs Ressourcen besonders Geld, ferner Güter und Information zu begreifen, als eher partikularistisch insbesondere Zuneigung, aber auch Status und Dienstleistung.

Übersicht 1: Ressourcenklassen und Unterkategorien

Ressource	Unterkategorie
Zuneigung ('love')	gefühlsmäßige Zuneigung und/oder Bindung, Wärme, Behaglichkeit, Trost, Nähe
Status	Prestige, Hochachtung, Wertschätzung, Aufmerksamkeit, Höflichkeit
Information	Meinungsaustausch, Beratung, Aufklärung, Unterweisungen, Nachrichtenübermittlung
Geld	sämtliche Formen von Zahlungsmitteln, monetäre Vermögenstitel
Güter	sämtliche tangiblen Produkte und Materialien, sächliche Vermögenswerte
Dienstleistungen	jegliche persönliche Leistung, die zugunsten des Körpers/Geistes oder der Besitztümer einer Person erbracht wird

Quelle: Eigene Darstellung.

Die Ausgangsthese ist, daß große Sicherungsnetze (z. B. staatliche) tendenziell eher universalistisch ausgerichtete Ressourcen vermitteln, bei den intermediären Instanzen eine gewisse Verschiebung in Richtung des Partikularismus stattfindet und bei kleinen Netzen schließlich diese partikula-

ristische Komponente überwiegt. - Also eine relativ plausible, wenn nicht schon fast triviale Vermutung.

2.1. Empirische Muster auf der Anbieterseite

Zunächst sei der Blick auf die Anbieterseite gerichtet. Die entsprechenden Interviews⁴ ergaben folgendes Muster: Eine erste Zuordnung ließ sich dadurch erzielen, daß die von den jeweiligen Interviewpartnern bzw. deren Institutionen erbrachten sozialen Leistungen von diesen Partnern unter der Vorgabe der sechs Ressourcenklassen grob kategorisiert wurden. Das heißt, es war anzugeben, ob einer Ressource eine bedeutende, mittlere, geringe oder gar keine leistungsspezifische Rolle zugebilligt wurde. Dieses erste Muster ist in Übersicht 2 wiedergegeben. Es zeigt sich, daß die Ressourcenkategorien 'Information' und 'Geld' von hoher Bedeutung im Bereich staatlicher/kommunaler Träger sind, wohingegen 'Dienstleistungen' als Ressourcenkategorie besonders häufig bei intermediären Instanzen assoziiert wurde. Im Falle der unorganisierten - d.h. nicht z. B. in einem Verein zusammengeschlossenen, eher spontanen - Nachbarschaftshilfe waren zwei Ressourcen mit mittlerer Bedeutung, vier - darunter die drei partikularistischen - mit hoher Bedeutung vertreten.

Diese eher globalen Aussagen sind im Sinne des Ressourcenkonzeptes noch nicht als trennscharf anzusehen. Vor dem Hintergrund der Überlegung, daß der Interaktionsprozeß in der Regel eine Vermittlung mehrerer Ressourcen gleichzeitig beinhaltet,⁵ also in Wahrheit eine Ressourcenkombination besteht, wurde daher versucht, die Abgabe dieser sozialpolitischen Leistungen anhand eines Ressourcenprofils zu cha-

⁴ Vgl. zur Stichprobe Übersicht 2.

⁵ Der monetäre Transfer vom Arbeitsamt zum Anspruchsberechtigten kann z. B. mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen sein; die pflegerische Dienstleistung einer Sozialstationsmitarbeiterin wird möglicherweise von freundlichem Lächeln oder Zureden begleitet etc.

rakterisieren, d.h. es wurde die für die jeweilige Leistung dominante Ressource ermittelt.⁶

Übersicht 2: Bedeutung der Ressourcen in der Leistungsabgabephase nach Trägersystemen

Trägersystem Ressource	Staatl./kom. Instanzen	Intermediäre Instanzen	Selbsthilfe (unorganisierte Nachbarschafts- hilfe)
Zuneigung	-	ambivalent	hoch
Status	-	gering	hoch
Information	hoch	ambivalent	hoch
Geld	hoch	gering	ambivalent
Güter	gering	gering	ambivalent
Dienstleistung	gering	hoch	hoch

Quelle: Eigene Darstellung nach: Datensatz 'Institutionenbefragung', (1983) mit n = 29 und Datensatz 'SHG-Befragung (unorganisierte Nachbarschaftshilfe)' (1983) mit n = 64.

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, nimmt bei den staatlichen Instanzen 'Information' die zentrale Rolle ein. Mit einigem Abstand folgt die Ressource 'Geld', während 'Dienstleistungen' und 'Güter' eine untergeordnete Rolle spielen. 'Status' und 'Zuneigung' als Komponenten der Leistungsabgabe sind de facto nicht vorhanden.

Anders das Bild bei den intermediären Instanzen, wo 'Dienstleistungen' die zentrale Ressource bilden, aber auch die übrigen fünf Klassen besetzt sind. Besonders auffällig ist hier der Bedeutungsgewinn der 'Zuneigung' und die

⁶ D.h. vom Interviewpartner war anzugeben, aus welchen Ressourcenklassen sich seinem Verständnis nach die in Frage stehende Leistung konstituierte und im zweiten Schritt, welche einzelne Ressource als Nukleus der Leistung benannt werden könnte.

ebenso deutliche Abnahme der Bedeutung der Informationsressource.⁷

Zum Vergleich ebenfalls in Abbildung 1 wiedergegeben sind die entsprechenden Werte für die in Frage stehenden primären oder kleinen Netze. Es zeigt sich dabei zunächst, daß sich das Ressourcenprofil deutlich in Richtung auf eine Nivellierung verändert, wobei wie im Falle der intermediären Instanzen hier alle sechs Ressourcenklassen besetzt sind. Ferner wird ersichtlich, daß die eher partikularistischen Ressourcen über die universalistischen dominieren, im Falle von Status und Zuneigung relativ deutlich, wobei beide im Vergleich zu staatlichen und intermediären Instanzen auch die höchsten Werte erreichen.⁸

2.2. Assoziationen und Erwartungen der Nachfrager

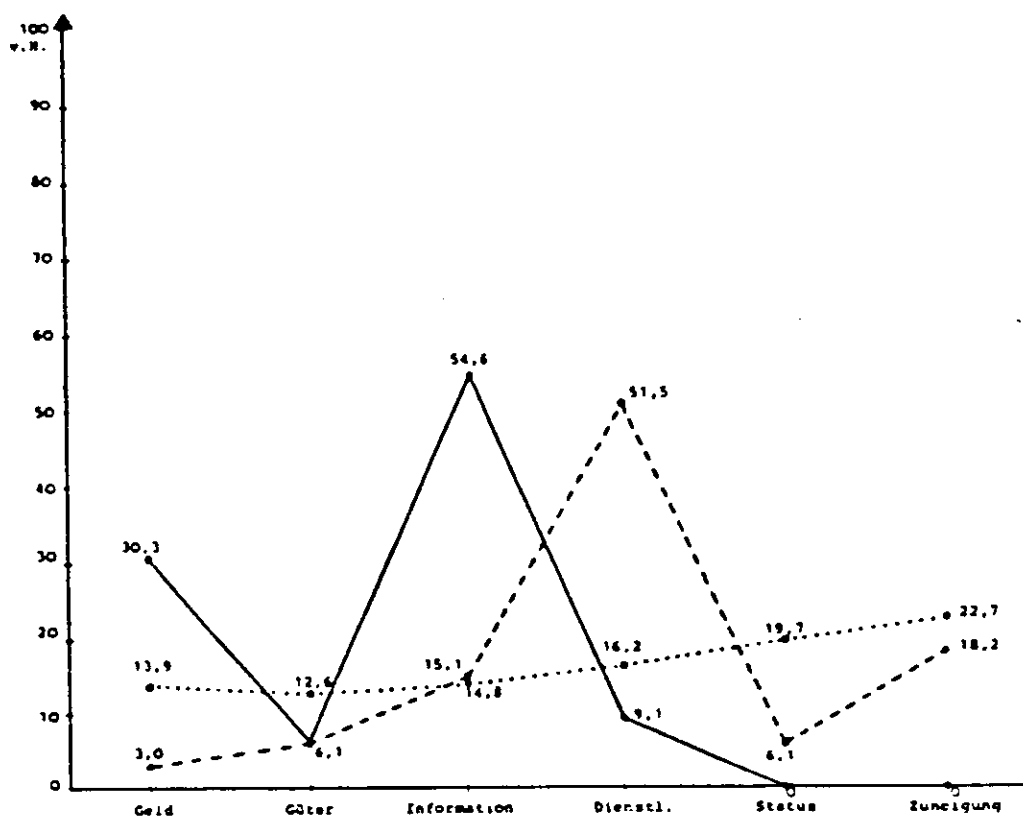
Im vorliegenden Kontext von mindestens ebenso großer Bedeutung ist die Nachfragerseite, d.h.: wie sehen die Betroffenen von Sozialpolitik, die Nutzer sozialer Leistungen diese drei Anbietererebenen?

⁷ Nebenbei bemerkt: Nicht thematisiert war hier, für welche Personengruppen die Leistungen produziert wurden, d.h. wie die Nutzer gruppenspezifisch einzuordnen waren. Interessant - und für die konfessionellen Wohlfahrtseinrichtungen angesichts des moralisch-philosophischen bzw. theologischen Anspruchs wenig schmeichelhaft - sind hier neuere Ergebnisse, wonach etwa in der institutionellen Altenpflege kirchliche Träger gerade nicht für eher einkommensschwache Personen Leistungen erstellen. (Vgl. Badelt 1989, S. 53 f.).

⁸ Bei der Bedeutung dieses Ergebnisses muß auf gewisse Einschränkungen der Aussagekraft verwiesen werden. Denn ohne Frage hängen die erhobenen Daten mit der Streuung der verwertbaren rücklaufenden Informationen zusammen. Im vorliegenden Fall antworteten von 130 Institutionen 29. Mit diesem methodischen Problem hat allerdings jede vergleichbare Untersuchung zu kämpfen. Im Hinblick auf die Nachbarschaftshilfe wurde bewußt die im Sinne der These ungünstigste Konstellation gewählt, da es zweifellos Selbsthilfegruppen (z. B. Psychiatrie) gibt, die a priori nahezu ausschließlich partikularistische Ressourcen vermitteln.

Analysiert werden hierbei zwei Aspekte: Einmal die relativ abstrakte Assoziation eines Trägersystems auf einen Stimulus hin, zum zweiten die Angaben ganz konkreter Leistungserwartungen.

Abbildung 1: Ressourcenprofil in der Leistungsabgabephase bei sozialen Leistungen. Angaben in v.H.¹⁾



Legende: — : staatliche/kommunale Instanzen
 - - - : intermediäre Instanzen
 : unorganisierte Nachbarschaftshilfe

Anmerkung:

1) Angeführt ist die prozentuale Häufigkeit, mit der eine Ressource in einem 'Leistungsbündel' als dominant angegeben wurde. Von 100 abweichende Gesamtwerte pro Trägersystem sind Rundungsfehler.

Quelle: Wie Übersicht 2.

2.2.1. Ressourcen und Assoziation von Leistungsträgern

Im Rahmen einer mündlichen Befragung⁹ wurden die Interviewpartner gebeten, anhand bestimmter Wortgruppen soziale Leistungssysteme zu charakterisieren. Diese Wortgruppen standen stellvertretend für die sechs Ressourcen, enthielten also Umschreibungen im Sinne der Übersicht 1.

Betrachtet man das Ergebnis dieses Sortierungsversuchs durch die (aktuellen oder potentiellen) Leistungsnutzer, so ergibt sich das in Tabelle 1 dargestellte Bild. Der Konnex zur universalistisch orientierten Ressource Geld ist beim 'großen Netz' (staatliche/kommunale Instanzen) mit Abstand am stärksten ausgeprägt, die Ressourcen Information und Güter folgen nahezu gleichwertig auf der zweiten Ebene; danach erst erscheinen als erste partikularistische Ressource Dienstleistungen.

Im Fall der intermediären Instanzen (also vor allem der Wohlfahrtsverbände) ändert sich das Bild insofern, als die überwiegende Mehrheit der Assoziationen sich auf die Ressource Dienstleistungen konzentriert. Mit beträchtlichem Abstand folgen die Ressourcen Information, Zuneigung und Güter. Praktisch keine Rolle mehr spielt die Ressource Geld und unverändert gering sind die auf Status entfallenden Nennungen.

Hinsichtlich des Trägersystems der Selbsthilfegruppen dominieren die unter Zuneigung subsumierten Nennungen. Die zweithäufigste Gedankenverbindung läßt sich durch die Ressource Information umschreiben, gefolgt von Dienstleistungen. Status weist zwar ein relativ geringes Gewicht hinsichtlich der drei genannten Ressourcen auf, hebt sich jedoch im Inter-Gruppen-Vergleich deutlich nach oben von den beiden anderen Trägerebenen ab.

⁹ Vgl. Tabelle 1.

Tabelle 1: Assoziationen von Ressourcenklassen mit sozialpolitischen Trägerschaftsformen. Angaben in v.H.

Res- source	Träger- system	Staatl./kom. Instanzen	Intermediäre Instanzen	Selbsthilfe
Zuneigung		- 1)	15,2	40,4
Status		1,7	1,5	4,9
Information		21,0	20,9	31,3
Geld		40,4	1,5	- 1)
Güter		20,5	12,6	2,3
Dienstleistung		16,0	48,4	20,7

Anmerkung: 1) Zu geringe Zellenbesetzung.

Quelle: Eigene Berechnung nach: Datensatz 'Bevölkerungsumfrage' (1985), mit n = 490.

Die Extrempole der Partikularismusachse im Ressourcenspektrum - Zuneigung und Geld - verhalten sich in der Darstellung dieser Assoziationen wie durch die These vorhergesagt: In der Bedeutung vom großen zum kleinen Netz hin zu bzw. abnehmend.

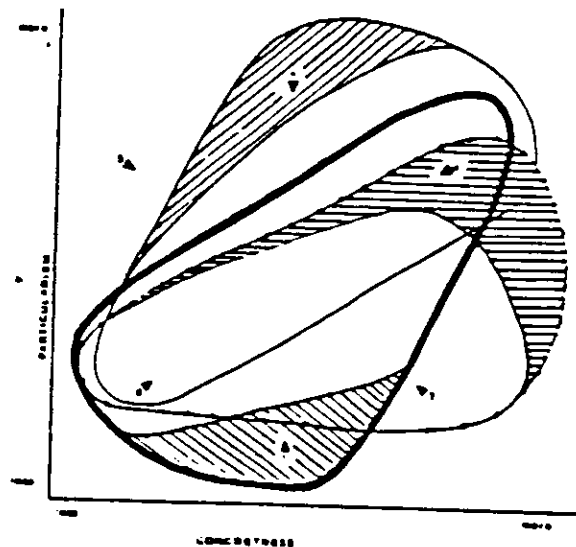
2.2.2. Erwartungen an verschiedene Leistungsträger

Wechselt man von den relativ abstrakten Assoziationen zu den konkreteren, in Ressourcenklassen ausgedrückten Leistungserwartungen an das jeweilige Trägernetz,¹⁰ so erfolgt gewissermaßen eine Gegenüberstellung mit den oben beschriebenen Ressourcenprofilen. Es entsteht dabei folgendes Bild (vgl. Übersicht 3).

¹⁰ Das Thema der Nutzererwartungen wird unten nochmals aufgegriffen, allerdings nicht mehr in der Terminologie des Ressourcenkonzeptes, sondern eher im umgangssprachlichen Sinne.

Die finanzielle Ressource dominiert eindeutig im Falle der staatlichen/kommunalen Instanzen, gefolgt von je einer universalistischen (Information) und einer partikularistischen (Dienstleistungen) Ressourcenerwartung; Zuneigung, Status und Güter spielen keine explizite Rolle.

Übersicht 3: Leistungserwartungen an sozialpolitische Trägersysteme, ausgedrückt in den drei häufigst genannten Ressourcenklassen



Legende:

1 : Geld	4 : Zuneigung
2 : Güter	5 : Status
3 : Dienstleistungen	6 : Information

————— Staatl./kommunale Instanzen
 ————— Intermediäre Instanzen
 - - - - - Selbsthilfe

Die Schraffur kennzeichnet die Gewichtung der ermittelten Rangreihenfolge.

Quelle: Deimer, Jaufmann, Pfaff 1987.

"Das Schwergewicht hinsichtlich der Erwartungen an intermediäre Instanzen liegt dagegen wiederum bei den Dienstleistungen; die nachfolgenden Rangplätze besetzen Information und Güter. Zusammen mit der Ressource Zuneigung als bei weitem deutlichster Ausprägung dominieren bei den Selbst-

hilfenetzen Information und Dienstleistung".¹¹ Die restlichen Ressourcen weisen keine explizite Nennung auf.

Letzteres verweist auf die Schraffur in Übersicht 3. Das Ressourcenschema kann nicht im Sinne sechs absolut diskreter Punkte aufgefaßt werden. Die eingezeichneten schraffierten Felder symbolisieren daher eine Interpretation der getroffenen Aussagen hin zu benachbarten Ressourcen. Ein Beispiel: Die Gewährung einer zweckgebundenen Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe ist formal zwar als finanzielle Vermittlung einer Ressource (Geld) zu sehen, das Ziel jedoch besteht unter Umständen in der Übertragung einer anderen Ressource (Güter). Eine personenorientierte Dienstleistung (z. B. bei ambulanter, kurzzeitiger Pflegebedürftigkeit) kann durchaus einhergehen mit Ratschlägen (Information) und menschlicher Zuwendung (Zuneigung).

Als Fazit¹² aus diesen empirischen Befunden läßt sich in aller Kürze folgendes festhalten: Insgesamt betrachtet sind die Interaktionsprozesse in kleinen sozialen Netzen deutlicher von partikularistischen Ressourcen beeinflusst als dies bei den größeren und auch intermediären Leistungsnetzen der Fall ist. Hinsichtlich 'kleiner' und 'großer' Netze wäre jedes andere Ergebnis verwunderlich gewesen. Im Hinblick auf intermediäre Instanzen war diese doch deutliche Unterscheidung von Selbsthilfeansätzen dagegen a priori nicht so eindeutig erwartbar.¹³

¹¹ Deimer, Jaufmann, Pfaff, 1987, S. 264.

¹² Auf die Diskussion der anhand von Befragungsergebnissen ermittelten tatsächlich genutzten Leistungen unter dem Ressourcenaspekt wird hier verzichtet, da dadurch keine zusätzliche Information erhalten wird: Das Ressourcenmuster wiederholt sich (vgl. Deimer 1990, S. 118 ff.).

¹³ Weitere Umfrageergebnisse über und durch die Wohlfahrtsverbände stützen - häufig zur Überraschung der Verbände - dieses Ergebnis: Bereits für die erste Hälfte der 80er Jahre wird ein Bedeutungsverlust dieser intermediären Träger hinsichtlich der Fähigkeit zu problemadäquaten sozialpolitischen Lösungen konstatiert; als Ansprechpartner werden einmal staatliche Instanzen oder aber direkt Selbsthilfeorganisationen/-gruppen präferiert. (Vgl. im Überblick dazu etwa: Kreft 1987, S. 56 ff.).

2.3. Ein Zwischenfazit: Empfehlung einer Kooperationsstrategie

Die Grundtypen gesellschaftlicher Ressourcen - symbolisiert durch die sechs Kategorien: Geld, Güter, Information, Status, Dienstleistungen, Zuneigung - lassen sich den drei hier entwickelten sozialpolitischen Leistungssystemen in charakteristischer Weise zuordnen. Dies bedeutet - wie gezeigt - keineswegs, daß bestimmte Ressourcen nur und ausschließlich bei einer und keiner anderen Ebene der Leistungserstellung auftauchen könnten; die Verteilung der Schwerpunkte der Ressourcenvermittlung jedoch kann als typisch im Sinne der Voraussage angesehen werden. Dies gilt insofern, als mit sinkender Netzgröße die Wahrscheinlichkeit der Vermittlung partikularistischer Ressourcen zunimmt. Übersetzt in die Terminologie der Sozialpolitik und konkret formuliert bedeutet dies beispielsweise, daß die 'Dienstleistung' des Mitarbeiters im Wohnungshilfe- oder Sozialamt stärker universalistische Aspekte aufweist als etwa die Leistung des verbandlich organisierten Mahlzeitendienstes 'Essen auf Rädern'. Letzteres wiederum wird häufig weniger von partikularistischer Zuwendung begleitet sein als pflegende oder betreuende Dienste im Rahmen der Nachbarschaftshilfe. Oder ein zweites, pointiertes Beispiel: Die 'Information' über Anspruchsvoraussetzungen zum Arbeitslosengeld/zur Arbeitslosenhilfe hat universalistischen, der gegenseitige Erfahrungsaustausch der Rheuma-SHG partikularistischen Charakter.

Aus dieser Verteilung der Ressourcenschwergewichte bei sozialen Leistungen unterschiedlicher Träger läßt sich der Schluß ziehen, daß in der Tat die einzelnen Trägersysteme über komparative spezifische Vorteile gegenüber den jeweils anderen bei der Ressourcenvermittlung bzw. bei der Übertragung sozialer Leistungen im Sinne von Ressourcenbündeln verfügen.

Diese Schlußfolgerung wird nicht nur durch die Einschätzung der drei Ebenen hinsichtlich der Ressourcenausstattung ihrer eigenen erstellten Sozialleistungen gestützt, sondern auch durch eine abgestufte Betroffenen- (Nutzer- bzw. Empfänger-) bewertung: Einmal spontan assoziierend, zum zweiten bestimmte Erwartungen an die Träger ausdrückend, wird das Muster der Anbieterbefragung insgesamt reproduziert.

Analog zu den Thesen bei der Diskussion der Dienstleistungsgesellschaft geht der Ressourcenansatz von einer Professionalisierungs-, Bürokratisierungs- und Kommerzialisierungstendenz in den modernen Gesellschaften insofern aus, als ein Absinken der partikularistischen Komponenten in 'urban societies' konstatiert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich angesichts des bisher Gesagten nun die Frage, welche für die sozialpolitischen Trägerebenen handlungsrelevante Konsequenz aus diesen theoretischen und empirischen Mustern zu ziehen ist. Können komparative Vorteile besser ausgenutzt werden? Welche Möglichkeiten bieten sich, welche hemmenden Faktoren sind zu beachten oder zu beseitigen?

Der Effekt einer systematischen Verlagerung bestimmter Ressourcen auf jeweils unterschiedliche Trägerebenen mag als bedauerlich angesehen oder auch einfach nur zur Kenntnis genommen werden - gewonnen ist dadurch vor allem für die Betroffenen von Sozialpolitik wenig. Erst die Frage nach sozialpolitischen, systembeeinflussenden Reaktionen auf diese trägerspezifische Differenzierung verdient die volle Aufmerksamkeit.

Denkbar sind dabei prinzipiell zwei Wege. Einmal könnte der Versuch unternommen werden, sozusagen 'das Rad zurückzudrehen', durch das diese Ressourcenspezialisierung in Gang gesetzt wurde. Aus vielerlei offensichtlichen Gründen verspricht ein Anstreben dieser Alternative keinen Erfolg; nicht zuletzt durch die dadurch erforderliche Umstrukturierung aller sozialpolitischen (und letztlich gesellschaftli-

chen) Institutionen bleibt dies eine Utopie, bei der nicht einmal a priori Wünschbarkeit vorausgesetzt werden kann.

Es bleibt ein zweiter, sowohl grundsätzlich als auch pragmatisch durchaus gangbar erscheinender Weg: Unter der realistischen Bedingung, daß für die Individuen jede Ressource von Bedeutung ist - wenn auch im Zeitablauf mit situationsspezifisch unterschiedlicher Dringlichkeit -, liegt es nahe, ausgedrückt in der Sprache des Ökonomen, festgestellte komparative Vorteile in der Leistungserstellung auch auszunutzen, die Produktion mithin in der Form der 'Arbeitsteilung' erfolgen zu lassen. Unter einem sozialpolitischen Blickwinkel ist darunter zu verstehen, daß Vernetzungsformen und Kooperationsübereinkünfte unterschiedlicher Träger zu empfehlen und zu suchen sind, die zumindest für geeignete Bereiche zu einer Integration der Trägerebenen führen können. Damit ist nicht gemeint, die Tendenz sozialer Institutionen, sich auf ein 'schmales Ressourcenmuster' zu spezialisieren bzw. zu konzentrieren, in ihren Auswirkungen, nämlich der Unterschätzung der Wichtigkeit des Austausches partikularistischer Ressourcen zu zementieren. Vielmehr ist dieser eher negativ formulierte Aspekt positiv umzusetzen, d. h. diese im institutionalisierten Sozialsystem inzwischen eher vernachlässigten Ressourcen zu ergänzen; letzteres kann nur durch Kooperationsformen der Träger bewirkt werden.

Daß dies - vor allem, was die erste, die staatliche Trägerebene betrifft - nicht unmittelbar zentral- oder bundesstaatlich, sondern nur im Rahmen einer dezentralen, bürger-nahen, 'kommunalen' Sozialpolitik erfolgen kann, liegt auf der Hand.

Natürlich gibt es hier eine Reihe von Problemen abzuklären (z. B. wie quantitativ verfügbar ist Selbsthilfe überhaupt? Wie stabil ist Selbsthilfe etc.¹⁴).

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich z. B. Trojan 1986, Villmar, Runge 1986, Deimer 1990.

Nachgegangen wird im folgenden jedoch besonders zwei anderen Aspekten: a) Gibt es diese Kooperation nicht längst schon? und b) Lassen sich auch Konkurrenzbeziehungen zwischen Trägerebenen oder gar Konfrontationen aufzeigen? (Gemäß dem Ressourcenansatz wäre dies dann denkbar, wenn die gleiche Grundressource (z. B. Pflege als Dienstleistung) vermittelt wird - allerdings mit - wie erläutert - unterschiedlichen weiteren Ressourcen im Bündel (etwa Information einerseits, Zuneigung andererseits)).

3. Kooperation oder Konfrontation?

3.1. Kooperation im Spiegel der Statistik

Ein kurzer Blick in die Statistik lehrt, daß die Wohlfahrtsverbände bereits mit einer großen Zahl von Selbsthilfe (SH)-Gruppen zusammenarbeiten - oder um es provokativ zu sagen: sie unter ihre Fittiche genommen haben.

Das Diakonische Werk (DW) weist in seinem letzten Überblick z. B. mehr als 6.900 "Selbsthilfe- und Helfergruppen sowie sonstige soziale Gruppen unabhängig von Einrichtungen" aus (Diakonisches Jahrbuch 88/89).¹⁵

Das Gros stellen dabei Altenclubs (3030) und SH- und Kontaktgruppen Suchtkranker (1623). Relativ spärlich vertreten sind z. B. Nachbarschaftshilfen (215) und die Krankenhilfe (465). Das DW zählt diese Gruppen in seiner Gesamtstatistik zu den 'Einrichtungen', wobei sie dann über 1/5 ausmachen. Die ausgewiesene Zahl der angestellten Mitarbeiter/innen ist natürlich sehr gering (incl. Teilzeit: 2.381; gesamt mehr als 280 Tsd.).

¹⁵ Alle genannten Zahlen gelten für die alten Bundesländer.

Betrachtet man die großen Wohlfahrtsverbände insgesamt, weist die Statistik für das Ende der achtziger Jahre (1990) mehr als 27 Tsd. assoziierte SHG und sonstige Helfergruppen aus. Wenn dabei der Trend des genannten Jahrzehnts nicht trügt, wurden von einem Berichtszeitraum zum nächsten jeweils deutliche Steigerungsraten erzielt, was zu dem Schluß führt: "Die Gesamtzahl von über 27.000 Selbsthilfe-, Betreuungs- und Helfergruppen sowie die um ein Vielfaches höhere Zahl der darin tätigen Menschen spiegelt eine wachsende Verantwortung von Bürgern und Helfern wider, sich und anderen Menschen in vielfältigen sozialen Bereichen Hilfe zukommen zu lassen." (Gesamtstatistik 1990, S. 36).

Tabelle 2a: Selbsthilfe- und Helfergruppen sowie sonstige soziale Gruppen unabhängig von Einrichtungen im Bereich des Diakonischen Werkes

	Gruppen	Haupt- amtl. Mitar- beiter/ Innen
Krankenhilfe	465	
Jugendhilfe	218	165
Familienhilfe	598	
davon Nachbarschaftshilfsdienste		215 389
Altenhilfe	3.088	
davon: Altenklubs		3.030 1.656
Behindertenhilfe	660	171
Hilfen für Personen in besonderen sozialen Situationen	1.873	
davon: Selbsthilfe- und Kontaktgruppen Suchtkranker		1.623
Insgesamt	6.902	2.381

Quelle: Diakonisches Jahrbuch 88/89, S. 328 f.

Tabelle 2b: Gesamtergebnis der Statistik des Diakonischen Werkes. Stand: 1.1.1988

	Einrich- tungen	Betten/ Plätze	Hauptamtl. Mitarbeiter/Innen		
			Vollzeit	Teilzeit	Gesamt
Stationäre Einrichtungen	3.954	324.404	132.233	50.580	182.813
Tageseinrichtungen	9.257	549.222	44.797	21.536	66.333
Ausbildungs- Fort- und Weiter- bildungsstätten für soziale Berufe	468	32.453	2.708	2.652	5.360
Beratungsstellen sowie ambulante Dienste	13.679	906.079	179.738	74.768	254.506
Selbsthilfe- und Helfergruppen sowie sonstige soziale Gruppen unabhängig von Einrichtungen	5.804 Anzahl		16.005	7.420	23.425
	6.902		441	1.940	2.381
Gesamt	26.385	906.079	196.184	84.128	280.312

Quelle: Diakonisches Jahrbuch 88/89, S. 330.

Zu beachten ist, daß in diesen Angaben sicherlich nicht nur reine SHG enthalten, sondern zu einem großen Teil auch Laienfremdhelfer vertreten sind, deren ehrenamtliches Engagement nicht als 'Einzelkämpfer' im Verband, wohl aber an diesen angelehnt in der Gruppe erfolgt. Die Übergänge sind hier zweifellos fließend. Dennoch scheint die Einbeziehung sinnvoll zu sein, da der starre Blick auf die "pure" SHG (gleiche Betroffenheit z. B.) leicht verbergen könnte, daß auch z. B. in Nachbarschaftshilfen soziale Leistungen produziert werden.

Abgesehen von der hier nicht zu diskutierenden Erfassungsmethodik kann in einer groben Schätzung argumentiert werden, daß je nach Abgrenzung die an Verbände angelehnten Gruppen wohl ein Drittel oder gar die Hälfte der Gesamtzahl der Gruppen in den alten Bundesländern ausmachen. (Damit ist nicht das soziale Engagement insgesamt gemeint, das weit größer, aber - und diese Aussage ist bewußt normativ - kleiner als nötig ist).

Tabelle 2c: Selbsthilfegruppen und Helfergruppen, unabhängig von Einrichtungen (Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege)

	Zahl der Gruppen
Helfergruppen der Krankenhaus- u. Altenheimhilfe	819
Clubs für Jugendgruppen, Jugendliche	315
Hausaufgabenhilfegruppen und andere Schülerhilfegruppen	732
Nachbarschaftshilfsdienste, Helfergruppen für die Familie	3.863
Eltern-Initiativ-Gruppen	623
Telefonketten	90
Altencubs, -gruppen	9.377
Selbsthilfe- und Kontaktgruppen	
- für psychisch Kranke/seelisch Behinderte (sh. auch 5.2.1.)	558
- für geistig Behinderte	131
- für Körperbehinderte und Behindertencubs (sh. auch 5.2.8.)	298
- für Angehörige von Kranken und alten Menschen	529
Laienmitarbeitergruppen für psychisch Kranke und Behinderte aller Art	303
Selbsthilfe- und Kontaktgruppen für gesundheitliche Nachsorge: Dauersorge (z.B. Krebskranke, MS-Kranke)	4.737
Selbsthilfe- und Abstinenzgruppen in der Suchtkrankenhilfe	3.596
Arbeitslosen-Selbsthilfe-Initiativen	279
Frauen-Selbsthilfegruppen	319
Sonstige sozialtätige Gruppen für Erwachsene	793
Gesamt	27.362

Quelle: Gesamtstatistik 1990, S. 28.

Als Konsequenz aus der Statistik ließe sich bei oberflächlichem Blick ableiten, daß die Kooperation der Leistungsträger zumindest im Bereich Verbände - Selbsthilfe durchaus stattfindet.

Hier sind Anfänge gemacht - zweifellos. Von einer wirklichen Kooperation gleichberechtigter Partner scheint die Gegenwart flächendeckend betrachtet jedoch noch weit entfernt zu sein.

Als ersten Beleg hierfür sei das Diakonische Jahrbuch ausführlich zitiert:

"Was begründet die Skepsis gegenüber den Selbsthilfegruppen?"

- Die fortgeschrittene Professionalisierung und Bürokratisierung?
- Der Futterneid?
- Die Vorstellung, wie in einer pluralistischen Gesellschaft die Antwort des Glaubens auf die Herausforderung durch die Nöte der Zeit konkret auszusehen hat?

Unser Verhältnis zu Selbsthilfegruppen ist ein recht zwiespältiges. Einerseits wird das Prinzip Selbsthilfe vor Fremdhilfe ebenso anerkannt wie das Prinzip der "Vorfahrt" für kleinere Gemeinschaften und Netzwerke der Hilfe für Ortsnähe und Lebensweltorientierung.

Andererseits tut sich die Diakonie auch schwer mit den in vielen Selbsthilfegruppen und Alternativprojekten vorhandenen unterschiedlichsten Ideologien. Hier fühlen sich die Diakoniker als Mitglied eines kirchlichen Verbandes dazu verpflichtet, nicht wahllos alle Wertpositionen - die ja auch gerade in Arbeitsansätzen zum Ausdruck kommen - zu akzeptieren." (Müller-Schöll 1989, S. 63).

3.2. Zur Frage der Konkurrenzbeziehungen

Das eben genannte Argument des 'Futterneides' sei nunmehr aufgegriffen und weiterverfolgt. Die These dabei lautet: es besteht kein Anlaß, eine übermäßige Konkurrenz zu befürchten.¹⁶

¹⁶ Zu beachten ist hierbei, daß es im vorliegenden Zusammenhang um die Inhalte der Leistungserstellung geht. Die Frage der finanziellen Ausstattung der Leistungsträger bleibt ausgeklammert; hier sind sehr wohl intensive Konkurrenzbeziehungen denkbar (vgl. zu diesem Problem etwa: Seibert 1986, S. 209).

Ansatzpunkt ist hierbei wiederum die Nachfrage-(Betroffenen-)seite. Es geht zunächst um eine Kompetenzzuweisung für konkrete Probleme bzw. Problemlösungen an verschiedene soziale Leistungsträger (Produzenten). Den Interviewpartnern wurden dabei Leistungsbereiche benannt, bei denen der jeweils am besten geeignet erscheinende Träger herausgesucht werden sollte. Diese Frage nach der Trägerpräferenz war in verschiedenen Erhebungen enthalten, so daß trotz der relativ geringen Fallzahlen ein reines Zufallsergebnis mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Die neueren dieser Befragungsergebnisse sind in Tab. 3 zusammengestellt.¹⁷

Es zeigt sich bei deren Betrachtung, daß die Bürger auf die genannten Leistungssegmente, bei denen grundsätzlich zunächst die Trägerschaft jedes der in Frage stehenden Netze als denkbar angenommen werden kann, recht differenziert reagieren. Sie sind dabei offensichtlich auch durchaus bereit, das Drei-Träger-Modell gedanklich zu akzeptieren. Insbesondere im Falle der nicht sich innerhalb der Familie vollziehenden Kinderbetreuung erweist sich ein selbsthilfeorientiertes Leistungsnetz in den Augen der Befragten als besonders geeignet. Jedoch auch beim Leistungsbereich der Familien- und Konfliktberatung verzeichnet diese Ebene ca. 30 v.H. als 'Erstpräferenz', d.h. sie tritt durchaus in eine gewisse "Konkurrenz" zu den etablierten Leistungsproduzenten. Die höchste Präferenz kann jedoch bei letztgenanntem Bereich die Ebene der intermediären Instanzen verbuchen, was kaum überraschen dürfte, da gerade die Wohlfahrtsverbände (insbesondere die kirchlichen) hier einen ihrer beratungsorientierten Arbeitsschwerpunkte sehen.

¹⁷ Zu den älteren Daten, die den hier vorgelegten Ergebnissen in der Struktur entsprechen, vgl. Deimer, Jaufmann 1986.

Tabelle 3: Trägerpräferenzen der Bürger für alternative Bereiche sozialer Leistungserstellung (1985 und 1986). Angaben in v.H.

Bereich \ Träger	Staat		Kommune		Verband/ Kirche		SHG	
	1985	1986	1985	1986	1985	1986	1985	1986
Kinderbetreuung (einschl. Hausauf- gabenhilfe)	10,9	8,7	13,6	9,3	4,6	4,3	70,9	77,8
Jugendarbeit	18,6	7,6	43,3	46,5	21,3	28,0	16,5	17,9
Kulturelle Arbeit	39,1	33,3	44,3	56,2	6,7	4,3	9,9	6,2
Familien- und Konfliktberatung	24,5	20,8	11,5	9,4	36,5	39,0	27,9	30,8
Gesundheitsberatung	69,8	76,7	15,7	17,8	7,2	-1	7,2	4,3
Kranken- und Behin- dertenbetreuung	36,2	-2	18,6	-2	30,9	-2	14,3	-2

Anmerkungen:

- 1) Zu geringe Zellenbesetzung.
- 2) 1986 nicht erhoben.

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Datensätze 'Bevölkerungsumfrage 1985' mit n = 490 und 'Bevölkerungsumfrage 1986' mit n = 164.

Trotz der in der Literatur so ausführlich aufgearbeiteten und in der Realität zweifelsohne auch vorhandenen Erfolge speziell der Gesundheitsselbsthilfegruppen vertraut die überwiegende Mehrzahl der Befragten sowohl im Falle der Beratung bei gesundheitlichen Problemen als auch bei der aktiven Betreuungsleistung bei Kranken und Behinderten dagegen auf die institutionalisierte soziale Unterstützung: Eindeutig im Falle von Beratungsaspekten wird ein staatlicher Träger präferiert, bei aktiver Pflege und Betreuung

dominieren die Nennungen für staatliche und verbandliche Institutionen.

Kommunalen Einrichtungen wird besonders in den kulturellen und jugendpflegerisch orientierten Tätigkeitsfeldern Vertrauen entgegengebracht, wobei im letztgenannten Fall die Präferenzen für Verbände und SHG im Sinne starker Minderheiten interpretierbar sind.

Im Hinblick auf die vorgetragenen theoretischen Überlegungen ist eine weitere Vertiefung der Frage nach der Trägerpräferenz von Interesse. Dies geschah in der Befragung durch die Bitte, den ausschlaggebenden Grund für die jeweilige Entscheidung anzugeben. Dabei kristallisierten sich als häufigst aufgeführte Beweggründe die vier bzw. zwei in Tabelle 4 aufgeführten Items für die in der Untersuchung erfaßten Bereiche 'Kranken-/Behindertenbetreuung' und 'Kinderbetreuung' heraus.

Dann, wenn eine im Sinne des Ressourcenansatzes universalistische Begründung ('Geld') den Ausschlag für das Urteil gab, wurde eine öffentliche, genauer: staatliche Trägerschaft präferiert. Der Bereich a) ist im Falle der Kommunen deutlich differenziert bewertet worden; das Schwergewicht für die Trägerschaftsentscheidung 'Verband' liegt in der Zuschreibung der fachlichen Fähigkeiten zur Erbringung dieser sozialen Dienstleistung der Pflege bzw. Betreuung. Im Fall b) sind die Begründungen bei den Kommunen noch eindeutig am ökonomischen Bereich orientiert, Ambivalenzen treten bei der Kategorie der Verbände auf und (wie auch in a)) schlägt die deutlich partikularistisch ausgerichtete Begründung bei den Selbsthilfegruppen besonders zu Buche.

Tabelle 4: Motive der Präferenzzuschreibung im Fall: a) 'Kranken-/Behindertenbetreuung' und b) 'Kinderbetreuung'. Angaben in v.H.¹⁾

Begründung	Trägerpräferenz			
	Staat	Kommune	Verband	SHG
Bereich a)				
Ökonomisch - monetär	55,1	24,1	10,1	1,4
Ökonomisch - infrastrukturell (Ausstattung)	21,0	8,0	10,1	-
Fachliche Kompetenz	17,4	29,9	45,3	17,4
Persönliche Zuwendung	1,2	20,7	27,2	78,3
Bereich b)				
ökonomische Gründe	81,8	53,9	40,0	9,8
affektive Gründe	-	12,7	32,0	43,6

Anmerkung:

1) Genannt sind im Fall a) die vier häufigsten Gründe, im Fall b) sind die Extrempole angegeben. Die Angaben ergänzen sich (vertikal) nicht zu 100; die fehlenden Prozentwerte verteilen sich auf eine Vielzahl von Gründen oder waren nicht zurechenbar ('Sonstiges/weiß nicht').

Lesehinweis: 55,1 v.H. (Spalte 1, Zeile 1) gibt den Prozentsatz der Befragten an, die im Bereich a) die staatliche Trägerschaft aus ökonomisch-finanziellen Gründen befürworten.

Quelle: Wie Tabelle 3 (1985).

Mithin läßt sich sagen, daß nicht nur etablierte Instanzen, sondern auch selbsthilfeorientierte Ansätze als Trägersystem sozialer Leistungen Akzeptanz finden, fallbezogen sogar als besonders zur Problemlösung geeignet erscheinen.

Werden die Gründe für diese Einstufung betrachtet, zeigt sich ein Konnex zwischen den für wichtig gehaltenen Ressourcen und der Trägerwahl. Dies läßt auch einen Hinweis auf die Substituierbarkeit der Träger zu: Es kann vermutet werden, daß hierbei Einschränkungen vorzunehmen sind. Denn wer z. B. die finanzielle Komponente als besonders ausschlaggebend ansieht, wird wenig geneigt sein, ein Trägersystem als Ersatz zu akzeptieren, das in seinen Augen ungenügend mit Ressourcen ausgestattet ist. Dieses Argument wird besonders dort von großer Bedeutung sein, wo die Kompetenzzuweisung relativ deutlich zugunsten eines Netzes ausfällt wie z. B. im Falle der Kinderbetreuung. Allerdings gilt es hier quasi mit umgekehrten Vorzeichen, da eher partikularistische Ressourcen angesprochen werden. Im Falle einer relativ stärkeren 'Gleichverteilung' der Kompetenzzuweisungen wie bei der Kranken- und Behindertenbetreuung können dafür stärker Chancen zur Verbundleistung im Sinne der Vernetzung der Träger gesehen werden, wobei auch hier nicht die Frage der Substitution, sondern der Ergänzung der Ressourcenausstattung angeschnitten ist.

Anders ausgedrückt: es lassen sich einmal Bereiche finden, wo die soziale Leistungsproduktion gewissermaßen konkurrenzlos durch ein Trägersystem, das nicht oder kaum substituierbar ist, abgedeckt werden kann (muß).

Für den zweiten Fall der 'scheinbaren' Konkurrenzbeziehungen sei ein noch verdeutlichendes Beispiel aus der Behindertenselbsthilfe angeführt: Hierbei können oder müssen sogar verschiedene sozialpolitische Trägerinstanzen zur Bewältigung/Linderung des Problems herangezogen werden.

Zunächst läßt sich festhalten, daß neben den Gruppen, deren Mitglieder sich nur aus den unmittelbar selbstbetroffenen Personen rekrutieren, unter den Begriff der Behindertenselbsthilfe auch Gruppen fallen, die sich aus Behinderten und deren Angehörigen oder auch nur aus Angehörigen von Behinderten zusammensetzen. Häufig tritt noch eine dritte

Personengruppe hinzu: Die der interessierten Laienhelfer. In einer Vielzahl von Fällen wird also in die Gruppenarbeit sowohl die Problematik und die Erfahrung aus Sicht der Behinderten als auch aus der Perspektive der Nicht-Behinderten eingebracht.

Welche Rolle dieser Form der sozialen Selbsthilfe hinsichtlich der o. g. Träger von Sozialpolitik zukommt, läßt sich anhand qualitativ-empirischer Ergebnisse wie folgt beurteilen.¹⁸ Das charakteristische Leistungsspektrum von Behindertenselbsthilfegruppen enthält folgende Komponenten:

- Wissensvermittlung (z. B. über sich ändernde Regeln im Versorgungssystem) und Interessendurchsetzung;
- Behindertengerechte Transportdienste;
- Schaffung von Möglichkeiten zum Aufbau über die Familie hinausreichender Kontakte und Freundschaften;
- Gemeinsame Nutzung von Angeboten anderer Träger (z. B. Freizeitinfrastruktur);
- Versuch der gemeinsamen Problembewältigung mit im Ergebnis in der Regel größerem Selbstvertrauen und Durchsetzungsvermögen.

Dieses Leistungsspektrum wird in dem eher traditionell orientierten Versorgungssystem unterbewertet, da hier eine Konzentration etwa auf Beschäftigung, Unterbringung und monetäre Absicherung von Behinderten vorrangig erfolgt.

Im Ergebnis legen es diese Studien nahe, die Behinderten - Selbsthilfegruppen als Ergänzung zur bisherigen sozialen Versorgung zu begreifen, da sie insgesamt durch ihre Arbeit eine 'Erhöhung des Selbstversorgungspotentials' in der Regel ermöglichen. Diese Aussage stützt sich wesentlich auf die Sicht der Betroffenen, die ihre Arbeit nicht als Alternative oder Substitut verstanden wissen wollen, sondern im

¹⁸ Vgl. z. B. die saarländischen Untersuchungen von Schneider (1983) und Asam, Heck, Schneider (1985).

Gegenteil die eher materielle (professionelle) Absicherung für ebenso unverzichtbar halten wie ihre auf Selbsthilfe gestützten Leistungen. Theoretisch formuliert geht es um eine Ergänzung des Ressourcenspektrums.

Das Ergebnis lautet also auch hier: keine eigentliche Bedrohung - es sei nochmals betont, der finanzielle Aspekt der Zuschüsse bleibt ausgeklammert - durch inhaltliche Konkurrenz:

"Unzutreffend wäre auch der pauschale Verdacht, die Wohlfahrtsverbände wollten die Selbsthilfeinitiativen in jedem Falle vereinnahmen und für ihre Zwecke nutzbar machen. Dies ist schon deshalb nicht der Fall, weil vor allem die beiden großen konfessionellen Verbände Caritas und Diakonisches Werk, aber auch noch die Arbeiterwohlfahrt, von ihrem programmatischen Selbstverständnis und ihrer Ressourcenlage her gar nicht so stark von dem Auftreten neuer selbstorganisierter Anbieter auf dem Wohlfahrtsmarkt berührt und betroffen werden." (Olk 1986, S. 161).

Zugegeben: die Frage Konkurrenz ja oder nein, wird zu einer Frage des Blickwinkels. Die Verbände haben Bürokratisierung, Professionalisierung, Technisierung, Hierarchisierung mitgemacht und/oder über sich ergehen lassen. Entsprechend mißtrauisch werden sie denn auch von der Nachfragerseite her eingeschätzt - wie etwa die Prognos- und Allensbach-Studien ergaben. Der signalisierte Wertewandel auf der einen Seite (derjenigen der Nutzer) hin zu überschaubaren, selbstbestimmten und -aktiven Strukturen erweist sich auf der anderen Seite, nämlich der der Wohlfahrtsverbände, als Ressourcenverschiebung in tendenziell eher universalistische Ressourcenbereiche, also z. B. die Verbandsdienstleistung in kompetent-professioneller Art und - überspitzt formuliert - ohne Zuneigung. Begreift man beides als notwendig - was spricht dann gegen kooperative Leistungserstellung?

3.3. Die Realität der 'Kooperation'

Wenn also die Zusammenarbeit leicht fallen müßte, wo sind die Hemmnisse? In aller Kürze soll nachfolgend eine Antwort auf zwei Ebenen versucht werden, einer Makro- und Mikroebene.

Auf der Makroebene muß zunächst natürlich zwischen den Verbänden unterschieden werden. Zweifellos ist der DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) bei Selbsthilfegruppen am offensten, während wohl das DRK (Deutsches Rotes Kreuz) am meisten Probleme sieht. Dazwischen wären AWO (Arbeiterwohlfahrt) und die beiden konfessionellen Verbände Diakonie und Caritas anzusiedeln. Ohne Frage hat es gerade bei den letzteren seit Mitte der achtziger Jahre große Fortschritte und größere Offenheit und Öffnung gegeben. Jedoch wird immer noch mehr als erforderlich die Satzung sehr restriktiv ausgelegt: zweifellos wollen viele SHG einen alternativen Lebensstil verwirklichen und sie passen nicht recht - seien es (um das Spektrum zu erweitern) Bürgerinitiativen, Öko-, Nachbarschaftsgruppen oder ähnliche - in ein Verbandsschema. Betrachtet man dagegen die Grundziele auf der einen wie auf der anderen Seite: nämlich Unterstützung, Problembewältigung, Selbstbestimmung, Hilfe zwar auch für sich selbst, doch ganz besonders auch für 'den Nächsten', so fragt sich, warum eine 'bel etage' eines Verbandes sich nicht die Sichtweise von A. Müller-Schöll zu eigen machen kann, der die Selbsthilfegruppen "schon immer als diakonisches Arbeitsprinzip" (Müller-Schöll 1989, S. 62) versteht? Wenn im Grundziel also Konsens besteht, warum sollte eine pluralistische Motivation den Hinderungsgrund bilden?¹⁹ Denn der Verband wird erst dann wirklich 'be-

¹⁹ Man möge mir als Sozialwissenschaftler nachsehen, daß ich rein innerverbandlich-theologische Argumente hier gewissermaßen mangels Kompetenz ausblende. Jedoch müssen soziale Leistungen primär dem Betroffenen zugute kommen, ihm 'dienen' (durchaus im diakonischen Sinne). Das heißt, daß die konkrete Motivation des Helfenden in dieser Hinsicht eher sekundär ist - Benevolenz allerdings vorausgesetzt.

droht', wenn er dieses dritte Trägersystem nicht zur Kenntnis nimmt (oder es durch Integration in das eigene Schema neutralisieren will).

Auf der Mikroebene, die zwar nicht programmatisch, jedoch im pragmatischen Sinne mindestens ebenso wichtig ist - denn eine Sozialpolitik, wie sie in den bisherigen Ausführungen implizit unterlegt ist, kann nur dezentral funktionieren - dürften solche gewissermaßen ideologischen Berührungspunkte nicht überwiegen. Das Problem scheint hier häufig schlicht in gegenseitiger Unkenntnis bzw. in Unverständnis zu liegen. (Oder manchmal vielleicht auch im nicht Wollen, weil es mit Arbeit jenseits der eingefahrenen Gleise verbunden ist).

Verdeutlicht sei dies anhand einiger qualitativer empirischer Ergebnisse: Die Interviewpartner aus den verschiedenen Bereichen institutionalisierter (einschließlich verbandlicher) sozialer Leistungserstellung wurden in einem gesplitteten Verfahren hinsichtlich ihrer eigenen, persönlichen sowie hinsichtlich der offiziellen, institutions-eigenen Position gegenüber dem Selbsthilfebereich befragt, wobei eine inhaltliche Nähe der Themenfelder von selbsterbrachten und etablierten Sozialleistungen im Interview vorgegeben wurde.

Während die gewissermaßen private Einstellung zur Selbsthilfe zu insgesamt zwei Drittel der Befragten als positiv (wenngleich unter mancherlei Einschränkungen) gewertet werden konnte, reduzierte sich dieser Prozentsatz auf ca. ein Drittel, sobald der offizielle Standpunkt der Institution angesprochen war. Der jeweils bestehende Rest der Meinungsäußerungen kann als kritisch-tolerant charakterisiert werden. Dezidiert negative Äußerungen traten unter beiden Aspekten nur vereinzelt auf; hierbei wurde allerdings dann deutlich auf Konkurrenzsituationen verwiesen.

Bei den wenigsten der Einrichtungen (Ämter, Sozialstationen etc.) war zum Befragungszeitpunkt bereits von einer Kooperation zu sprechen, sei es, daß Gruppen zu Mitgliedern der Institution avanciert waren, sei es hinsichtlich eines Informationsaustausches. Auch das mehrheitlich persönliche Wohlwollen gegenüber Selbsthilfeansätzen hatte mithin kaum zur verstärkten Einbeziehung in die eigene Leistungsproduktion geführt.

Als den Selbsthilfegruppen zugeschriebene Zielsysteme wurden zwar überwiegend tatsächlich soziale Orientierungen und nur vereinzelt etwa revolutionär systemverändernde Absichten angegeben. Daß die vorhandene Informationsbasis jedoch trotzdem noch als ausbaubedürftig angesehen wurde, läßt sich an den Reaktionen auf die Frage nach denkbaren Kooperationsmöglichkeiten ablesen. Denn überwiegend und zuvor-derst kommt hier der Austausch von Informationen z. B. in Arbeitskreisen als häufigst genannter Wunsch zum Tragen. Erst danach tauchen die faktische Zusammenarbeit bei der Leistungserstellung (Aufgabenteilung im eigentlichen Sinne) sowie der Gedanke der Selbsthilfeunterstützung auf.

Der Themenkreis 'Konflikte, Schwierigkeiten Auffassungsunterschiede' produzierte bei etwa der Hälfte der befragten Vertreter der etablierten sozialen Leistungserstellung Assoziationen, die sich praktisch aus drei Quellen zusammensetzten. Zum einen wurden persönlichkeitsabhängige Stereotype vorgebracht, wie sie häufig im sozialen Leben erkennbar sind ('Die Unerfahrensten und Jüngsten wollen alles besser wissen'; gemeint waren hier die SHG-Mitglieder). Zum anderen spiegeln sich die auf der Programmebene durchscheinenden Ängste wider ('Inkompatibilität der Ziele, Nötigung zur Modifikation des eigenen Arbeitskonzeptes'). Und schließlich wurde auch der Partnerschaftsgedanke angesprochen, wenn auch negativ verklausuliert ('Probleme entstehen, wenn der gegenseitige Respekt fehlt').

Versucht man eine Einordnung dieser hier in aller Kürze dargelegten empirischen Befunde, ist eine Feststellung Jaufmanns bemerkenswert: "Auffallend ist jedoch, daß die in der Mehrzahl sowohl in institutioneller als auch persönlicher Hinsicht artikulierte positive Grundeinstellung sich offensichtlich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht in konkreten Handlungen im Hinblick auf eine Vernetzung niederschlägt; die positive Haltung bleibt - vom Standpunkt eines Klienten oder eines Selbsthilfegruppenmitgliedes aus gesehen - ohne Konsequenzen. Die Einstellung der institutionalisierten Träger bzw. Leistungsnetze zur Selbsthilfe ist so am ehesten mit dem Begriff 'ambivalent' zu charakterisieren. Es ist daher zu fragen, welche Bedingungen und Voraussetzungen gegeben sein bzw. geschaffen werden müßten, falls eine stärkere Vernetzung und Verflechtung aller drei Trägersysteme angestrebt wird." (Jaufmann 1985, S. 161).

Die Sichtweise von in der Selbst- und Laienhilfe engagierten Personen muß ähnlich differenziert angesprochen werden wie im Falle der etablierten Trägerinstanzen geschehen. Denn eine zentrale Kooperationsvorstellung ist hier naturgemäß ebensowenig vorfindbar.

Betrachtet man dabei zunächst Selbsthilfegruppen im engeren Sinne, ist zu konzedieren, daß es zweifellos Gruppen gibt, die bewußt und gewollt jeglichen Kooperationsgedanken ausschließen. Diese entweder neben dem bestehenden sozialen (und politischen) System oder sogar gegen dieses arbeitenden Menschen sind in der Regel dem hochsensiblen Tätigkeitsfeld der Psychiatrie zuordenbar; sie versuchen als Betroffene im wahrsten Wortsinne, neue, vom - meist als enttäuschend und hilflos empfundenen - institutionalisierten Therapieweg unabhängige Bewältigungsmechanismen zu entwickeln.²⁰

²⁰ Quelle der Aussagen sind teil-strukturierte Interviews mit Selbsthilfegruppenmitgliedern (n = 42).

Die Mehrzahl der sozialen Selbsthilfegruppen jedoch kann sich die Kooperation mit anderen sozialpolitischen Trägern durchaus vorstellen, wobei die dabei angesprochenen Formen der Zusammenarbeit wiederum vom relativ unverbindlichen Informationsaustausch bis hin zu tatsächlich gemeinsamer Leistungserstellung reichen. Sowohl anhand der ausgewerteten Intensivinterviews wie auch durch Literaturbelege läßt sich dabei verfolgen, daß Kontakte zu Verbänden und anderen sozialpolitischen Institutionen sowie zu Professionellen aus dem privaten Sektor (z. B. Ärzte, Sozialpädagogen etc.) in der Mehrzahl der Fälle vorhanden sind. Die Ausformung dieser Verbindungen ist allerdings häufig derart, daß von einer wirklichen Vernetzung der Träger bisher kaum gesprochen werden kann.

Die häufigsten Befürchtungen, die von seiten der Selbsthilfegruppenmitglieder angeführt werden, bestehen darin, daß sie nur als 'Juniorpartner' in eine Kooperationsstrategie eingebunden werden könnten. Hier ist also ihre Rolle als gleichberechtigtes Leistungsnetz bei der Zusammenarbeit angesprochen. Die ihnen in der Regel von externen Beobachtern zugeschriebenen Vereinnahmungsängste sind zwar weniger stark ausgeprägt als häufig angenommen. Die Gefahr, daß eine Instrumentalisierung der Gruppen für andere als ihre eigenen Ziele erfolgen könnte, wird jedoch trotz des zu Tage tretenden Selbstbewußtseins in den Interviews deutlich artikuliert.

Schwieriger ist die Lage hinsichtlich der Laienhilfe zu beurteilen. Die Tatsache, daß ehrenamtliches soziales Engagement im hier verwendeten Sinne sowohl innerhalb als auch und überwiegend außerhalb etablierter Sozialorganisationen vorfindbar ist, kann nicht in bezug auf hohe oder niedrige Kooperationsbereitschaft des 'freien' Anteils interpretiert werden. Darüber hinaus sind eine Reihe von Zwischenlösungen erkennbar.

Als zumindest plausibel erscheint die Vermutung, daß die jeweiligen konkreten Kooperationsangebote an die nicht ge-

bundenen Laienhelfer den Ausschlag geben werden. Die eigenständige Kontaktaufnahme, wie sie bei den SHG durchaus beobachtet werden kann, dürfte allerdings wesentlich seltener auftreten. Die Vereinnahmungsproblematik wird dagegen auf diesem Feld der Laienhilfe deutlicher hervortreten. Denn nicht zuletzt die Wohlfahrtsverbände existieren ja weitgehend auf der Basis der ehrenamtlichen Helfer.

4. Ansatzpunkte und Voraussetzungen für eine 'integrierte Leistungserstellung'

4.1. Argumente im Vorfeld der Vernetzung

Die folgenden Überlegungen sind stark auf die Wohlfahrtsverbände hin orientiert. Dies soll jedoch nicht davon ablenken, daß auch SHG bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen (z. B. Kontinuität der Leistungen).

Berücksichtigt man die bisher vorliegenden Erfahrungen hinsichtlich der Versuche einer engeren Vernetzung dieser beiden sozialpolitischen Trägersysteme, so kristallisiert sich bei den Selbsthilfegruppen eine Polarität zwischen zwei Basiszielen ihrer Arbeit heraus: einerseits der Wunsch nach Absicherung (z. B. in finanzieller Hinsicht) der Aktivitäten, andererseits der Wille, Zieldefinitionen autark vornehmen zu können. Der hier entstehende bzw. mögliche Grundkonflikt läßt sich folgendermaßen charakterisieren:

- Zum einen kann eine Zusammenarbeit mit einem Wohlfahrtsverband viele Vorteile bringen: Gedacht ist hier z. B. an bessere finanzielle und räumliche Ausstattung, an Versicherungsschutz der 'Mitglieder' bei der Ausübung ihrer Tätigkeit, an unterstützendes 'know-how' (Erfahrungsaustausch, Koordination) seitens der Verbandsmitarbeiter und ähnliches mehr.
- Zum anderen "... verlangt diese Zusammenarbeit immer auch das Aufgeben von Eigenständigkeit. Bei einer starken etablierten Organisation besteht oft die Tendenz, sich

Selbsthilfegruppen einzuverleiben, zu betreuen, zu verwalten und sie als Anhängsel und billige Arbeitskräfte zu mißbrauchen" (Nowotny 1982, S. 18).

Da dies je nach Verein oder Verband und auch Tätigkeitsfeld unterschiedlich sein kann (bzw. ist), kann dieser Zwiespalt nicht generell aufgelöst werden. Zu beurteilen ist dies jeweils am konkreten Einzelfall. Die nachfolgend beispielhaft genannten Überlegungen und Ansatzpunkte für eine stärkere Vernetzung sind vor diesem Hintergrund zu sehen. Anzuführen sind hier - in ungewichteter Form und ohne Anspruch auf Vollständigkeit - insbesondere:

- Die Anerkennung der gegenseitigen Freiwilligkeit der Zusammenarbeit, verbunden mit der Möglichkeit, diese - vor allem mit Blick auf die Selbsthilfegruppen - ohne Sanktionen beenden zu können.
- Keine Versuche der Wohlfahrtsverbände, Selbsthilfegruppen und ihre Mitglieder in den Status der bei ihnen tätigen Ehrenamtlichen zu 'erheben'.
- Keine Instrumentalisierung und Vereinnahmung "... der Selbsthilfegruppen für Ziele, die nicht ihre eigenen, sondern die des professionellen bzw. staatlichen Systems sind" (Behrendt et al 1981, S. 120). Also keine 'Lückenbüßer' oder 'Erfüllungsgehilfen'.
- Keine Versuche der Wohlfahrtsverbände, Abhängigkeiten irgendwelcher Art zu schaffen.²¹
- Schaffung von Beratungsstellen, die Selbsthilfegruppen auf deren Wunsch hin sach- und fachkundig beraten, sie anregen und ermutigen und evtl. ihre Arbeit begleiten und/oder koordinieren.²²

²¹ Also keine Integration eines kleinen in ein größeres Netz, sondern eine partnerschaftliche, integrierte Leistungserstellung.

²² Beispielsweise durch stärkere Nutzung des weiter unten diskutierten Instrumentes der 'Selbsthilfe - Informations - und Kontaktstellen'.

- Kein 'Zuarbeiten' der Selbsthilfegruppen im Hinblick auf neue und (evtl. finanziell) lohnende Klientel und Zielgruppen der Wohlfahrtsverbände.
- Abgrenzungen und Aufgabenteilungen zwischen Gruppen und Institutionen sind "... nicht starr festzuschreiben, sondern müssen unter gegenseitiger Anerkennung immer wieder neu ausgelotet werden" (Helfer, Mörsberger 1979, S. 320).
- Gemeinsame Arbeitskreise, Informationsveranstaltungen und -austausch zum gegenseitigen Kennenlernen und Abbau von 'Schwellenängsten' und 'Feindbildern'.
- Information der 'Klientel' der Wohlfahrtsverbände durch diese über Existenz und Arbeit von Selbsthilfegruppen.
- Infrastrukturelle und finanzielle Hilfen für Selbsthilfegruppen. Insbesondere für die finanziellen Hilfen müßte eine längerfristige Kontinuität und damit Planbarkeit gewährleistet sein. Zu denken wäre auch an die Instrumente der Anschubfinanzierung und Startförderung.
- Falls an Selbsthilfegruppen finanzielle Mittel gewährt werden, muß von diesen ein zumindest in groben Zügen nachvollziehbarer Verwendungsnachweis gefordert werden. Dies heißt jedoch nicht, daß hier die Sichtweise des Bundesrechnungshofes (vgl. dazu: Wittrock 1984, S. 651 f.) als alleiniger Maßstab Gültigkeit haben kann.
- Eine Aktivierungsstrategie von Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement im Sinne einer Multiplikatorrolle dürfte in vielen Fällen auf fruchtbaren Boden fallen.

Einige weitere Aspekte finden sich auch - und dies gibt doch zu Optimismus Anlaß - im Diakonischen Jahrbuch; besonders hervorzuheben sind hier (vgl. Müller-Schöll 1989, S. 64 f.):

- Die problemorientierte Suche nach neuen Arbeitsfeldern in Kombination mit Selbsthilfe,
- die Übernahme geeigneter (Kleingruppen-)Arbeitskonzepte aus dem Selbsthilfebereich,

- die Übernahme der Mittlerrolle zwischen staatlicher bzw. kommunaler und selbstorganisierter Ebene.

Bei Beachtung dieser Ansätze scheint aufgrund der in der Befragung ermittelten grundsätzlich eher positiven Artikulation der Wohlfahrtsverbände (und vor allem der darin tätigen Personen), längerfristig eine stärkere Vernetzung zwischen intermediären sozialpolitischen Instanzen und Selbsthilfegruppen durchaus möglich und erfolgversprechend zu sein.

4.2. Ansatzpunkte für Formen der vernetzten 'Sozialgemeinde'

Was sich letztlich hinter diesen Vorschlägen verbirgt, erinnert nicht zuletzt durch die aktive Beteiligung bei der Leistungserstellung via SHG an Auerbachs Sozialgemeinde (vgl. Auerbach et. al 1957). Dazu ist nicht nur ein dezentrales Konzept sondern auch partnerschaftliches Zusammenwirken von kommunaler Sozialpolitik, örtlichen Verbandsgruppierungen, Selbsthilfe und Laienengagement erforderlich. Christoph Badelt schlägt als Bindeglied hierbei Formen vertraglicher Abkommen vor, die auf dem Verhandlungsweg erzielt werden, wobei aufgrund des dezentralen Konzeptes die Chancen des Erfolges größer sind als auf den ersten Blick vermutet werden kann (vgl. Badelt 1985, S. 237 f.).

Kann ein derartig partnerschaftliches Konzept zwischen etablierten sozialen Leistungsträgern und selbstorganisierten Bürgern erreicht werden, steigen auch die Chancen der modernen Sozialgemeinde. Entwicklungsansätze finden sich in dieser Hinsicht z. B. im Saarland unter dem Stichwort 'Politik für Alte und kranke Menschen im Saarland - Wege zur Sozialgemeinde', oder auch in Vorarlberg, wo bereits in den siebziger Jahren der Sozialsprengel versuchte, "Selbsthilfe durch umfassende Kooperation von öffentlichen Stellen und existierenden Gruppen zu initiieren. Der

Sozialsprengel versteht sich dabei als unterste Ebene, auf der qualifizierte Dienste (wie z. B. ärztliche Versorgung, Hauskrankenpflege) organisiert werden. Dies geschieht vor allem auch durch Aktivierung von Laien bzw. Freiwilligen, wobei als Koordinator ein Gemeinwesenarbeiter eingesetzt wird" (Badelt 1980, S. 217).

Als weiteres Beispiel kann der flächendeckende Ausbau von Sozialstationen sowie ihre den Kooperationsüberlegungen mit Selbsthilfe und ehrenamtlichem Engagement entsprechende Um- bzw. Ausgestaltung genannt werden.²³

An dieser Stelle sei zusätzlich ein außerhalb der Selbstorganisationsszene im Vergleich zu den Sozialstationen noch relativ weniger bekanntes Instrument angesprochen, das der bereits kurz zitierten Selbsthilfe - Informations- und Kontaktstellen. Denn neben ihrer zentralen Aufgabe der Förderung von Selbsthilfeengagement in vielfältiger Weise könnten sie bei adäquater Konstruktion durchaus auch Aufgaben im Sinne kooperierender Leistungserstellung zwischen kommunalen, verbandlichen und selbstorganisierten Leistungsproduzenten wahrnehmen - z. B. was die Koordinations- und Informationsaustauschfunktionen betrifft.

Das Kontaktstellenmodell in Übersicht 4 gibt einen schematischen Überblick über die Konstruktion eines derartigen Instrumentes der Förderung und Unterstützung als Vorstufe zum kooperativen Leistungs- bzw. Trägerverbund. Da hierbei im Vergleich zu den Sozialstationen ein Ansatz angesprochen ist, der sich immer noch in der Erprobungsphase befindet, ist es leichter möglich, von den Organisationsmustern bestehender Kontaktstellen dort abzuweichen, wo dies aufgrund bisheriger Erfahrungen geboten erscheint. Zentral sind dabei sechs Punkte anzusprechen:

²³ Vgl. zu entsprechenden Ansätzen z. B. Heinemann-Knoch 1982, S. 243 ff., Damkowski, Görres, Luckey 1988, Deimer 1990, S. 284 ff.

1. Das Modell verlangt hinsichtlich der inhaltlichen Aufgabendimension eine möglichst große Bandbreite, die in Übersicht 4 durch sechs spezifische Tätigkeitsfelder symbolisiert wird, von denen sich fünf auf Bereiche sozialer Selbsthilfe bzw. auf soziales Ehrenamt beziehen, der sechste einen Schnittpunkt zur alternativen Ökonomie darstellt. Hinter den summarisch aufgeführten Pfeilbeziehungen steht die These, daß eine Konzentration auf nur einen Bereich für diesen möglicherweise glänzende Erfolge zeitigt, alle übrigen jedoch brachliegen. Umgekehrt läßt sich eine steigende Umsetzung von Selbsthilfepotentialen erwarten, wenn Interessenten auf möglichst vielfältige Weise angesprochen werden können bzw. diesen ein kompetenter Interaktionspartner zur Verfügung steht.
2. Eng damit zusammenhängend ist die funktionsspezifische Ebene zu sehen. Die Multifunktionalität der Kontaktstellen, also z. B. Leistungen wie Beratung, Vermittlung von know-how, aber auch insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung bei Fragen der materiellen Infrastruktur, muß als ein wesentlicher Aspekt dieser Einrichtungen betrachtet werden. Je stärker diese verschiedenen Funktionen gleichzeitig wahrgenommen werden können, desto deutlicher werden sich die Kontaktstellen aus der 'Nische' des alternativen Sektors im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit herauslösen können; dadurch bedingt steigen die Erfolgsaussichten ihrer Tätigkeit erheblich. Ausgedrückt wird diese additive Überlegung wiederum durch die einzeln nebeneinander dargestellten Pfeilbeziehungen. Beide Komplexe - bereichs- wie funktionsspezifische - wirken nun auf die in der Bevölkerung des Einzugsbereiches der Kontaktstelle vorhandenen Engagementpotentiale ein. Dabei ist es durchaus denkbar, daß sich bei fortschreitender Akzeptanz auch die Bereitschaft erhöht, neben oder statt der Aktivität in einem kleinen Netz in der Kontaktstelle selbst als Multiplikator mitzuarbeiten. Dies führt unmittelbar zur Frage der Trägerschaft.

3. Bei der Frage der Unabhängigkeit von Kontaktstellen sind noch eine Reihe von Gestaltungsspielräumen gegeben, wobei sich das Grundproblem in zweierlei Hinsicht stellt.

Zum einen sollte die politisch-inhaltliche Unabhängigkeit angestrebt werden, zum anderen ist die finanzielle Grundlage angesprochen. Solange die Gefahr besteht, daß Kontaktstellen als instrumentalisierte 'Handlanger' oder verlängerter Arm staatlicher und/oder verbandlicher Instanzen angesehen werden, wird die Umsetzung von Selbsthilfepotentialen aufgrund von Vorbehalten im Bereich der (potentiellen) dritten Trägerebene (nämlich der Selbsthilfe) nicht das gewünschte Ausmaß erreichen. Diese These läßt sich ergänzen durch eine These zum Finanzierungsaspekt: Da finanzielle Unabhängigkeit der Kontaktstellen sicherlich eine Wunschvorstellung bleiben wird, sollte eine Mischfinanzierung angestrebt werden. In dem Ausmaß, wie dies erreicht wird, kann nicht nur der potentielle Einfluß unterschiedlicher Interessengruppen zumindest in Grenzen gehalten werden, sondern durch den auch hierdurch bedingten Abbau von möglichen (Mißbrauchs-)Hemmschwellen werden die Erfolgsaussichten zur Förderung und Vernetzung steigen.

Wie erkennbar, soll im angestrebten Trägermodell jede der Ebenen der Leistungsproduzenten eingebunden werden. Die Rolle des Staates kann sich dabei auf Zuschüsse im Sinne einer vom Input der anderen Ebenen mitbestimmten²⁴ Grundlagenfinanzierung beschränken, während Kommunen und die Palette der verbandlichen Instanzen vor allem auf personellem und infrastrukturellem Gebiet gefordert sind - ohne allerdings Finanzbeiträge a priori auszunehmen. Das selbstorganisierte Trägersystem wird seinen Input zweckmäßigerweise vor allem im Bereich der 'man-power'

²⁴ Ähnlich etwa bei der Zuschußfinanzierung von nicht-kommunalen Kindergärten in Bayern, wo sich die Höhe der Zuschußmittel (auch) an den aufgebrauchten Eigenmitteln im Sinne eines gleichzeitigen Anwachsens in bestimmtem Rahmen orientiert.

sehen. Betont werden sollte in diesem Zusammenhang nicht nur das Recht der Mitträgerschaft, sondern auch die Pflicht dazu, da nur so der Neutralitätseffekt überhaupt angestrebt werden kann.

4. Hinsichtlich der Größe der Kontaktstelle respektive des Einzugsbereiches sind Angaben konkreter Art nur schwer möglich. Wie sich durch die Regionalisierungen in Hamburg und Berlin gezeigt hat, ist eine derartige Einrichtung in großen Agglomerationen zu wenig. Andererseits sind auch Kontaktstellen in kleineren Städten wie Würzburg, Saarbrücken und Göttingen offensichtlich ausgelastet, obwohl das Aufgabenspektrum gegenüber dem Berliner Modell reduziert ist. Kontaktstellen in ähnlicher Dichte zu fordern, wie dies etwa für Sozialstationen nötig erscheint, hieße den Dezentralisierungsaspekt sehr weit zu treiben und wäre angesichts des Verknüpfungsgedankens sicherlich verfehlt. Nimmt man dagegen als Dichtekriterium in Städten etwa 25 - 30.000 Personen pro Sozialstation an, so könnte bei personell ähnlicher Stärke etwa eine Kontaktstelle auf 8 bis 10 Sozialstationen gerechnet werden. Dies würde allerdings implizieren, daß die tatsächliche Potentialumsetzung vor Ort zu weiten Teilen auch von den Sozialstationen zu leisten wäre. Die Anpassung an einen rein ländlichen Raum und die dortigen Strukturen ist z. B. über die Variation der Personalkomponente denkbar.
5. Die in Übersicht 4 gestrichelten Linien um das Kontaktstellenfeld deuten die Erfordernis der Flexibilität an. Je besser einer Kontaktstelle die Anpassung an neu auftauchende Problem- und Bedürfnisfelder²⁵ gelingt, desto größer werden die Erfolge hinsichtlich der beiden

²⁵ Ein 'neues' Problem war in der Vergangenheit die Beratung, Kontaktaufnahme etc. von bzw. mit AIDS-Gruppen, auf das sich längst nicht alle Kontaktstellen eingestellt haben. Ein 'neues' Bedürfnis wäre etwa in dem verstärkten Teilhabewunsch an der (mitbestimmenden) Kontaktstellenarbeit durch den Selbsthilfesektor zu sehen.

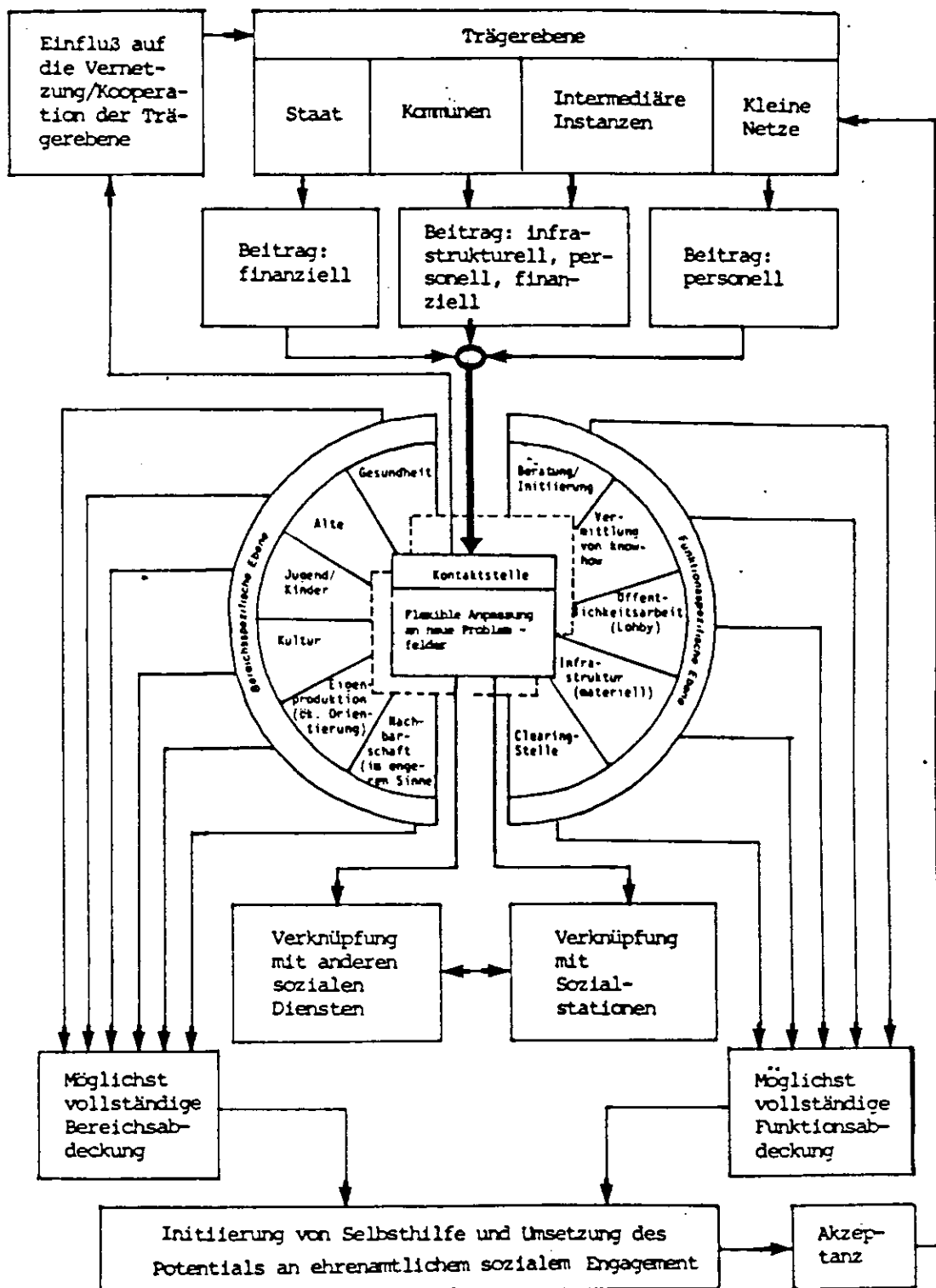
Zielvariablen 'Umsetzung von Selbsthilfepotentialen' und 'Vernetzung von Leistungsträgern' ausfallen. Bei dieser dynamischen Komponente ist jedoch sicherzustellen, daß die ursprünglich 'intermediäre' Stellung und Funktion erhalten bleibt.

6. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen professionellen, ehrenamtlich-verbandlich Engagierten, Selbstverwaltungseinrichtungen und Selbsthelfern bzw. 'freien' ehrenamtlich tätigen Laien wird als sozialpolitisches Fernziel anvisiert. Wird eine Beratungs- und Kontaktstelle hier gewissermaßen als Brennpunkt installiert und betrieben, kann dieser Vernetzungsgedanke, der für das Zusammenwirken der einzelnen Leistungsebenen ebenso unerlässlich ist wie für die Schaffung von Querverbindungen zwischen den kleinen Netzen selbst, relativ günstig (etwa im Vergleich zu anderen Instrumenten) forciert werden. Dieser z. B. über die direkte Rückkoppelung von der Kontaktstelle auf die Trägerebenen verlaufende Prozeß wird ergänzt durch die Koordinations- und Verknüpfungsfunktion zu den anderen sozialen Diensten und den Sozialstationen.

Anhand der letztgenannten Beziehung aus Übersicht 4 sei abschließend noch eine wesentliche Bedingung formuliert: Die Kontaktstellenarbeit muß so abgesichert sein, daß eine ähnliche Kontinuität wie etwa bei Sozialstationen erwartet werden darf. Denn dem Gedanken der Förderung wäre ein schlechter Dienst erwiesen, wenn das wie oben ausgelegte Konzept nach kurzer Zeit an der Auflösung eines Kontaktstellenversuches scheitert.²⁶

²⁶ Konkret: Eine eineinhalb-jährige ABM Finanzierung ist als Anlaufstrategie sicherlich sinnvoll, danach muß jedoch zu Dauerarbeitsplatzfinanzierung übergewechselt werden.

Übersicht 4: Exemplarisches Modell der Organisation einer Kontaktstelle



Quelle: Eigene Darstellung.

Soweit durch die bestehenden Beispiele und Modelle erkennbar, sind solche Vorhaben keineswegs undurchführbar, was zu vorsichtigem Optimismus Anlaß geben könnte. Zweifellos ist eine derartige Umstrukturierung auch erforderlich. Denn - um Fritz Villmar zu zitieren - "längerfristig kann es nicht rational sein - weder finanziell noch im Sinne kooperativer Politik und Verwaltung -, Sozialstationen, Bürgertreffs, Jugendzentren und schließlich auch noch Selbsthilfe-Informationsstellen und -gruppen selbst in kleineren Orten oder Stadtteilen neben- und durcheinander, vielleicht sogar gegeneinander wirken zu lassen" (Villmar, Runge 1986, S. 148).

Diese Forderung wird innerverbandlich oftmals noch auf große Widerstände stoßen. Überspitzt könnte man formulieren: Modelle gibt es in Hülle und Fülle - ihre Umsetzung wird nicht gewagt. Hier liegt eine große Aufgabe von Mittlern und Multiplikatoren aus den Verbänden selbst. Wenn sie entsprechend auf Mitarbeiter und Kollegen einwirken - zum Beispiel durch Analyse und Verwertung von Erfahrungen aus den bestehenden Modellansätzen - könnte mehr an effizientem und besonders: an menschlichem Leistungsangebot für die Betroffenen erstellt werden.

5. Über den Tag hinaus - eine Schlußbemerkung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die oben aufgezeigten Ansatzpunkte als unmittelbar handlungsrelevante Aspekte zur Vernetzung der sozialpolitischen Trägerebenen aufgefaßt werden können. Sicherlich wird auch - abhängig vom jeweiligen Themen- bzw. Betätigungsfeld - der eine oder andere Punkt bereits mehr oder weniger deutlich aufgegriffen. Es zeigt sich jedoch, daß sich bei Ausnutzung der sich bietenden Chancen durchaus noch ein 'Mehr' an Kooperation verwirklichen ließe.

Warum sollten nicht die Wohlfahrtsverbände, bei denen ebenso wie bei den Genossenschaften der Aspekt der Selbsthilfe insbesondere in ihrer Gründungsphase stark im Vordergrund stand, warum also sollten diese 'alten' Selbst- und Fremdhilfeorganisationen nicht mit ihren 'jüngeren' Nachfolgern kooperieren? Eine im Vergleich zur Kooperation sinnvollere Alternative dazu, vor allem im Hinblick auf die Betroffenen bzw. die Leistungsnutzer, ergibt sich ohnehin nicht. Weder mit Abschottung einerseits noch Vereinnahmung andererseits ist dem Ziel der Produktion zugangsfreier sozialer Leistungen gedient. Zu überwinden sind hierbei zugegebenermaßen eine Reihe von Hindernissen, wobei Verdrängung (-sängste), materielle Kooperationshemmnisse, 'ideologische' Verhandlungsschranken sicherlich nur Schlagworte für tiefreichende Konfliktpotentiale darstellen. Ohne Frage verlangt dies ein Aufweichen inzwischen verkrusteter und bürokratisierter Strukturen, eine teilweise Rücknahme eingefahrener Institutionalisierung, ja, vielleicht sogar ein wenig Aufgabe erkämpfter Verbandsmacht. Lösbar scheint all das nur durch gegenseitiges Aufeinanderzugehen.

Dies könnte dann möglicherweise auch Einigkeit bei einem ebenso entscheidenden Problem hervorrufen: In dem Maße nämlich, wie ehrenamtliche Tätigkeit - egal ob verbandlich eingebunden oder selbstorganisiert - wegen der Rücknahme und Nicht-Weiterentwicklung sozialstaatlicher Leistungen als Ausfallbürge fungieren muß, werden Selbsthilfeansätze und ehrenamtliches Engagement spätestens nach Ausschöpfung des noch vorhandenen Potentials überlastet sein. Um im oben angesprochenen theoretischen Bild zu bleiben: Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die relativ kleinen sozialen Netze zusätzlich zur Vermittlung von Ressourcen gezwungen wären, die nicht notwendigerweise ihren komparativen Vorteilen entsprächen. Oder aber, daß ihr Ressourcenpotential, also ihre Fähigkeit, soziale Leistungen zu produzieren, zu stark belastet wird und unter dem dann entstehenden Druck zusammenbricht. Ein gemeinsames Vorgehen 'alter' und 'neuer' Selbsthilfeinstitutionen sowie -gruppen

würde sicherlich dazu beitragen, dem hier auf sie ausgeübten Druck zu widerstehen und nicht zuletzt dadurch den Betroffenen zu dienen. Wohlfahrtsverbände und Selbsthilfe erscheinen bei dieser Frage geradezu als 'natürliche Verbündete'.

Was hindert beispielsweise die Diakonie, ihre ureigensten Tugenden etwa aus der Gründungszeit anzuwenden, z. B. Kreativität, Risikobereitschaft, innovatives Denken?

Wenn es um staatliche Zuschüsse oder Absprachen untereinander geht, zeigen die Verbände oft genug und besonders auf zentraler Ebene ein gerüttelt Maß an Pragmatismus. Der Ökonom kann hierzu feststellen: das kartellierte Oligopol funktioniert. Ein Schuß Pragmatismus vor Ort und das Ausnutzen von Handlungsspielräumen sowie das Gewähren solcher Spielräume auf dezentraler Ebene wäre ebenfalls nötig und muß ja nicht gleich die Aufgabe zentraler Überzeugungen bedeuten. Im Gegenteil: gerade hier liegt die Chance, diakonische Wertvorstellungen dann auch einzubringen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Asam, W.H., Heck, M., Schneider, M., Interne Differenzierung in Selbsthilfegruppen Behinderter - Zum Nutzen für jeden Betroffenen und interessierten Helfer, in: Asam, W.H., Heck, M. (Hrsg.), Subsidiarität und Selbsthilfe, München 1985, S. 61-85.
- Auerbach, W. et. al., Sozialplan für Deutschland, Berlin, Hannover, 1957.
- Badelt, Chr., Sozioökonomie der Selbstorganisation. Beispiele zur Bürgerselbsthilfe und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Frankfurt/Main, New York 1980.
- Badelt, Chr., Politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit, Frankfurt/Main, New York 1985.
- Badelt, Chr., Die Güter und Leistungserstellung in Religionsgemeinschaften - Eine ökonomische Darstellung, in: Rinderer, C. (Hrsg.), Finanzwissenschaftliche Aspekte von Religionsgemeinschaften, Baden-Baden 1989, S. 37-55.
- Behrendt, J.-U. et. al., Selbsthilfegruppen vor der Vereinahmung?, in: Badura, B., v. Ferber, Chr. (Hrsg.), Selbsthilfe und Selbstorganisationen im Gesundheitswesen, München, Wien 1981, S. 91-124.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hrsg.), Gesamtstatistik der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, Bonn 1990.
- Damkowski, W., Görres, St., Luckey, K., Sozialstationen. Konzept und Praxis eines Modells ambulanter Versorgung, Frankfurt/Main, New York 1988.
- Deimer, K., Institutionalisierte Sozialpolitik und Selbstorganisierte Leistungssysteme, Münster 1990.
- Deimer, K., Jaufmann, D., Soziale Selbsthilfegruppen. Bestandserfassung und Potentialabschätzung in unterschiedlich strukturierten Raumeinheiten, in: Asam, W.H., Heck, M. (Hrsg.), Soziale Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1983, S. 68-94.
- Deimer, K., Jaufmann, D., Subsidiaritätsprinzip, Neue Subsidiarität und Nachbarschaftshilfe, in: Heinze, R.G. (Hrsg.), Neue Subsidiarität: Leitindee für die zukünftige Sozialpolitik?, Opladen 1986, S. 178-201.
- Deimer, K., Jaufmann, D., Pfaff, M., Komparative Evaluation sozialpolitischer Trägersysteme und Leistungsformen - Ein Zwischenfazit, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.), Staat, intermediäre Instanzen und Selbsthilfe, München 1987, S. 255-272.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (Hrsg.), Diakonie 88/89, Jahrbuch, Stuttgart 1989.

- Foa, E.B., Foa, U.G., Resource Theory of Social Exchange, in: Thibout, J.W., Spence, J.T., Carson, R.C. (Hrsg.), Contemporary Topics in Social Psychology, Morristown N.J. 1976, S. 99-131.
- Heinemann-Knoch, M. et. al., Die Bedeutung ambulanter sozialer Dienste im familiären Lebensumfeld: Überlegungen am Beispiel von Sozialstationen, in: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.), Staatliche Sozialpolitik und Familie, München, Wien 1982, S. 243-266.
- Helfer, I., Mörsberger, Th., Ehrenamtliche Mitarbeiter im sozialen Bereich, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 59(1979)11, S. 318-322.
- Jaufmann, D., Die Verflechtung von Selbsthilfe und institutionalisierter Sozialpolitik aus der Sicht der jeweiligen Trägerinstanzen, in: Asam, W.H., Heck, M. (Hrsg.), Subsidiarität und Selbsthilfe, München 1985, S. 157-170.
- Kreft, D., Öffentliche Träger, Wohlfahrts- und Jugendverbände, selbstorganisierte (alternative) Projekte und Initiativen - Zur Entwicklung ihres Verhältnisses, in: Boll, F., Olk, Th. (Hrsg.), Selbsthilfe und Wohlfahrtsverbände, Freiburg i.Br. 1987, S. 56-68.
- Müller-Schöll, A., Selbsthilfegruppen als Herausforderung, in: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (Hrsg.), Diakonie 88/89, Jahrbuch, Stuttgart 1989, S. 62-65.
- Nowotny, R., Möglichkeiten und Grenzen der Selbsthilfe, in: Pro Juventute (1982)2, S. 14-19.
- Olk, Th., Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat, in: Blätter der Wohlfahrtspflege 133(1986)7-8, S. 160-162.
- Pfaff, M., Deimer, K., Jaufmann, D., Kistler, E., Komparative Evaluation unterschiedlicher Trägersysteme und Leistungsformen der Sozialpolitik, Schlußbericht zur Projektphase A an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Leitershofen 1984 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Schneider, M., Selbsthilfegruppen für Behinderte. Grundtypen und Persönlichkeitsmerkmale von Mitgliedern, in: Asam, W.H., Heck, M. (Hrsg.), Soziale Selbsthilfegruppen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1983, S. 187-210.
- Seibert, H., Zum Verhältnis zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Selbsthilfeinitiativen aus der Sicht der Diakonie, in: Thränhardt, D. et. al. (Hrsg.), Wohlfahrtsverbände zwischen Selbsthilfe und Sozialstaat, Freiburg i.Br. 1986, S. 203-210.
- Trojan, A. (Hrsg.), Wissen ist Macht. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen, Frankfurt/Main 1986.

Villmar, F., Runge, B., Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986.

Wittrock, K., Rahmengesetze kein Hindernis für Selbsthilfe, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin (1984)73, S. 651-652.

Bisher erschienen unter der Fachgruppe Makroökonomie

Beitrag Nr.	1:	Bernhard Gahlen	Neuere Entwicklungstendenzen und Schätzmethoden in der Produktionstheorie
Beitrag Nr.	2:	Ulrich Schittko	Euler- und Pontrjagin-Wachstumspfade
Beitrag Nr.	3:	Rainer Feuerstack	Umfang und Struktur geburtenregelnder Maßnahmen
Beitrag Nr.	4:	Reinhard Blum	Der Preiswettbewerb im § 16 GWB und seine Konsequenzen für ein "Neues Wettbewerbskonzept"
Beitrag Nr.	5:	Martin Pfaff	Measurement Of Subjective Welfare And Satisfaction
Beitrag Nr.	6:	Arthur Strassl	Die Bedingungen gleichgewichtigen Wachstums

Bisher erschienen unter dem Institut für Volkswirtschaftslehre

Beitrag Nr.	7:	Reinhard Blum	Thesen zum neuen wettbewerbspolitischen Leitbild der Bundesrepublik Deutschland
Beitrag Nr.	8:	Horst Hanusch	Tendencies In Fiscal Federalism
Beitrag Nr.	9:	Reinhard Blum	Die Gefahren der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
Beitrag Nr.	10:	Reinhard Blum	Ansätze zu einer rationalen Strukturpolitik im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung
Beitrag Nr.	11:	Heinz Lampert	Wachstum und Konjunktur in der Wirtschaftsregion Augsburg
Beitrag Nr.	12:	Fritz Rahmeyer	Reallohn und Beschäftigungsgrad in der Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie
Beitrag Nr.	13:	Alfred E. Ott	Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung der Konjunkturpolitik

Beitrag Nr.	14:	Reinhard Blum	Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip
Beitrag Nr.	15:	Hans K. Schneider	Die Interdependenz zwischen Energieversorgung und Gesamtwirtschaft als wirtschaftspolitisches Problem
Beitrag Nr.	16:	Eberhard Marwede Roland Götz	Durchschnittliche Dauer und zeitliche Verteilung von Großinvestitionen in deutschen Unternehmen
Beitrag Nr.	17:	Reinhard Blum	Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie
Beitrag Nr.	18:	Klaus Hüttinger Ekkehard von Knorring Peter Welzel	Unternehmensgröße und Beschäftigungsverhalten - Ein Beitrag zur empirischen Überprüfung der sog. Mittelstands- bzw. Konzentrationshypothese -
Beitrag Nr.	19:	Reinhard Blum	Was denken wir, wenn wir wirtschaftlich denken?
Beitrag Nr.	20:	Eberhard Marwede	Die Abgrenzungsproblematik mittelständischer Unternehmen - Eine Literaturanalyse -
Beitrag Nr.	21:	Fritz Rahmeyer Rolf Grönberg	Preis- und Mengenanpassung in den Konjunkturzyklen der Bundesrepublik Deutschland 1963 - 1981
Beitrag Nr.	22:	Peter Hurler Anita B. Pfaff Theo Riss Anna Maria Theis	Die Ausweitung des Systems der sozialen Sicherung und ihre Auswirkungen auf die Ersparnisbildung
Beitrag Nr.	23:	Bernhard Gahlen	Strukturpolitik für die 80er Jahre
Beitrag Nr.	24:	Fritz Rahmeyer	Marktstruktur und industrielle Preisentwicklung
Beitrag Nr.	25:	Bernhard Gahlen Andrew J. Buck Stefan Arz	Ökonomische Indikatoren in Verbindung mit der Konzentration. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland
Beitrag Nr.	26A:	Christian Herrmann	Die Auslandsproduktion der deutschen Industrie. Versuch einer Quantifizierung

Beitrag Nr.	26B:	Gebhard Flaig	Ein Modell der Elektrizitätsnachfrage privater Haushalte mit indirekt beobachteten Variablen
Beitrag Nr.	27A:	Reinhard Blum	Akzeptanz des technischen Fortschritts - Wissenschafts- und Politikversagen -
Beitrag Nr.	27B:	Anita B. Pfaff Martin Pfaff	Distributive Effects of Alternative Health-Care Financing Mechanisms: Cost-Sharing and Risk-Equivalent Contributions
Beitrag Nr.	28A:	László Kassai	Wirtschaftliche Stellung deutscher Unternehmen in Chile. Ergebnisse einer empirischen Analyse (erschieden zusammen mit Mesa Redonda Nr. 9)
Beitrag Nr.	28B:	Gebhard Flaig Manfred Stadler	Beschäftigungseffekte privater F&E-Aufwendungen - Eine Paneldaten-Analyse
Beitrag Nr.	29:	Gebhard Flaig Viktor Steiner	Stability and Dynamic Properties of Labour Demand in West-German Manufacturing
Beitrag Nr.	30:	Viktor Steiner	Determinanten der Betroffenheit von erneuter Arbeitslosigkeit - Eine empirische Analyse mittels Individualdaten
Beitrag Nr.	31:	Viktor Steiner	Berufswechsel und Erwerbsstatus von Lehrabsolventen - Ein bivariates Probit-Modell
Beitrag Nr.	32:	Georg Licht Viktor Steiner	Workers and Hours in a Dynamic Model of Labour Demand - West German Manufacturing Industries 1962 - 1985
Beitrag Nr.	33:	Heinz Lampert	Notwendigkeit, Aufgaben und Grundzüge einer Theorie der Sozialpolitik
Beitrag Nr.	34:	Fritz Rahmeyer	Strukturkrise in der eisenschaffenden Industrie - Markttheoretische Analyse und wirtschaftspolitische Strategien

Beitrag Nr.	35	Manfred Stadler	Die Bedeutung der Marktstruktur im Innovationsprozeß - Eine spieltheoretische Analyse des Schumpeterischen Wettbewerbs
Beitrag Nr.	36	Peter Welzel	Die Harmonisierung nationaler Produktionssubventionen in einem Zwei-Länder-Modell
Beitrag Nr.	37	Richard Spies	Kostenvorteile als Determinanten des Marktanteils kleiner und mittlerer Unternehmen
Beitrag Nr.	38A	Viktor Steiner	Langzeitarbeitslosigkeit, Heterogenität und "State Dependence": Eine mikroökonomische Analyse
Beitrag Nr.	38B	Peter Welzel	A Note on the Time Consistency of Strategic Trade Policy
Beitrag Nr.	39	Günter Lang	Ein dynamisches Marktmodell am Beispiel der Papiererzeugenden Industrie
Beitrag Nr.	40	Gebhard Flaig Viktor Steiner	Markup Differentials, Cost Flexibility, and Capacity Utilization in West-German Manufacturing
Beitrag Nr.	41	Georg Licht Viktor Steiner	Abgang aus der Arbeitslosigkeit, Individualeffekte und Hysteresis. Eine Panelanalyse für die Bundesrepublik
Beitrag Nr.	42	Thomas Kuhn	Zur Theorie der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich
Beitrag Nr.	43	Uwe Cantner	Produkt- und Prozeßinnovation in einem Ricardo-Außenhandelsmodell
Beitrag Nr.	44	Thomas Kuhn	Zuweisungen und Allokation im kommunalen Finanzausgleich
Beitrag Nr.	45	Gebhard Flaig Viktor Steiner	Searching for the Productivity Slowdown: Some Surprising Findings from West German Manufacturing
Beitrag Nr.	46	Manfred Stadler	F&E-Verhalten und Gewinnentwicklung im dynamischen Wettbewerb. Ein Beitrag zur Chaos-Theorie
Beitrag Nr.	47	Alfred Greiner	A Dynamic Theory of the Firm with Engogenous Technical Change

Beitrag Nr.	48	Horst Hanusch Markus Hierl	Productivity, Profitability and Innovative Behavior in West-German Industries
Beitrag Nr.	49	Karl Morasch	F&E-Erfolgswahrscheinlichkeit und Kooperationsanreize
Beitrag Nr.	50	Manfred Stadler	Determinanten der Innovationsaktivitäten in oligopolistischen Märkten
Beitrag Nr.	51	Uwe Cantner Horst Hanusch	On the Renaissance of Schumpeterian Economics
Beitrag Nr.	52	Fritz Rahmeyer	Evolutorische Ökonomik, technischer Wandel und sektorales Produktivitätswachstum
Beitrag Nr.	53	Uwe Cantner Horst Hanusch	The Transition of Planning Economies to Market Economies: Some Schumpeterian Ideas to Unveil a Great Puzzle
Beitrag Nr.	54	Reinhard Blum	Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern
Beitrag Nr.	55	Georg Licht Viktor Steiner	Individuelle Einkommensdynamik und Humankapitaleffekte nach Erwerbsunterbrechungen
Beitrag Nr.	56	Thomas Kuhn	Zur theoretischen Fundierung des kommunalen Finanzbedarfs in Zuweisungssystemen
Beitrag Nr.	57	Thomas Kuhn	Der kommunale Finanzausgleich - Vorbild für die neuen Bundesländer?
Beitrag Nr.	58	Günter Lang	Faktorsubstitution in der Papierindustrie bei Einführung von Maschinen und Energiesteuern
Beitrag Nr.	59	Peter Welzel	Strategische Interaktion nationaler Handelspolitiken. Freies Spiel der Kräfte oder internationale Organisation?
Beitrag Nr.	60	Alfred Greiner	A Dynamic Model of the Firm with Cyclical Innovations and Production: Towards a Schumpeterian Theory of the Firm
Beitrag Nr.	61	Uwe Cantner Thomas Kuhn	Technischer Fortschritt in Bürokratien



